



**Protokoll der 4. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld  
vom Mittwoch, 21. Oktober 2015, 18:00 Uhr im Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel

**Namensaufruf:** 37 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderäte Lukas Hefti, Sandra Kern, Monika Landert,

**Mitanwesend:** 5 Stadtratsmitglieder

**Gemeinderatssekretärin:** Heidi Arnold

- - -

**Traktanden**

22 Mitteilungen

23 Protokoll der Sitzung vom 19. August 2015

24 Botschaft an den Gemeinderat; Kreditbegehren von 1,2 Mio. Franken als Anteil der Stadt Frauenfeld an die Finanzierung einer dreijährigen Pilotphase 2016 - 2018 für das Projekt „Agro Food Innovation Park“

Eintreten, materielle Beratung, Gesamtabstimmung

25 Botschaft an den Gemeinderat; Gewährung eines Nettokredits von 1,7 Mio. Franken aus der Spezialfinanzierung Kehrrichtentsorgung für die Umsetzung eines Abfallentsorgungskonzepts mit Unterflurcontainern

Eintreten, materielle Beratung, Gesamtabstimmung

- 26 Botschaft an den Gemeinderat; Bericht „Konzept für eine Einbahn-Verkehrsführung in der Frauenfelder Innenstadt“  
Kenntnisnahme
- 27 Botschaft an den Gemeinderat; Anpassung der Tarife im Alterszentrum Park per 1. Januar 2016  
Eintreten, materielle Beratung, Gesamtabstimmung

- - -

**Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:** Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich heisse Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. An der heutigen Sitzung hat Frau Gabriela Tomes die Erlaubnis, Bildaufnahmen zu machen. Frau Tomes absolviert zurzeit die Lehre als Kauffrau in der kantonalen Verwaltung Thurgau. Für ihren überbetrieblichen Kurs hat sie die Aufgabe erhalten, an einer Versammlung teilzunehmen. Ebenso wird in Absprache mit dem Präsidium und den Mitgliedern des Gemeinderatsbüros Frau Nicole Zintsche von Teletop einen Teil der Sitzung verfolgen. Ich wünsche Ihnen, wie uns natürlich auch, eine spannende Tagung und freue mich, dass Sie bei uns hereinschauen. Herzlich willkommen!

Das Rettungsboot ist die bisher einzige bekannte Art von Boot, bei welcher im Moment des Betretens die Überlebenschancen steigen, statt zu sinken. Das Boot ist voll. Ist unser Rettungsboot voll? Europa – offen und grenzenlos. Grenzzäune werden aufgebaut, Transportverbindungen unterbrochen, Verteilschlüssel werden diskutiert. Verteilschlüssel über Waren oder Menschen? Dann wird es höchste Zeit, sich wieder der Bootsmannschaft zu erinnern und des Knigges der Seeleute, welcher den Umgang und die Verantwortung eines jeden Crewmitglieds regelt. So ist jeder Bootsführer verpflichtet, anderen Leuten, die in Not geraten sind, zu helfen. Nur zusammen als eingeschworene Gemeinschaft trotz man den Stürmen auf hoher See. Jeder ist mitverantwortlich für seine Kollegen an Bord. Trauen wir uns! Es ist ein gutes Gefühl, zusammen im Boot zu sein.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Ratspräsidentin fest, dass 37 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19 Stimmen.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 rechtzeitig zugestellt. Die Ratspräsidentin stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

**Gemeinderat Christoph Tschanen:** Die Fraktion SVP/EDU stellt den Antrag, Traktandum 7 auf die nächste Sitzung zu vertagen, weil wir heute anschliessend unser Fraktionessen haben und das Fleisch dann wohl ziemlich gar wäre. Die Fraktion ist gern bereit, an der nächsten Sitzung über Geschäft Nr. 7 zu sprechen.

## Abstimmung

Der Antrag von Gemeinderat Christoph Tschanen, Traktandum 7 „Interpellation betreffend Solarstrom für die Erzeugung von Wasserstoff und Methangas der Gemeinderäte Michael Hefti und Stefan Geiges“ auf die nächste Sitzung zu verschieben, wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Geschäft Nr. 7 wird auf die nächste Sitzung verlagt.

**Die Ratspräsidentin:** Die Traktandenliste wird mit dieser Änderung stillschweigend genehmigt und die Sitzung so durchgeführt. An dieser Stelle möchte ich Sie nochmals bitten, bei den entsprechenden Traktanden das Eintreten und die materielle Beratung zu trennen. Je nach Zeitlänge werden wir uns erlauben, eine kleine Pause einzuschalten.

## 22

### MITTEILUNGEN

1. Am 16. September 2015 fand die stadträtliche Informationsveranstaltung zum Agro Food Innovation Park statt.
2. Am Freitag, den 4. September hat das traditionelle Fussballspiel zwischen dem Gemeinderat, Kommissionsmitgliedern und der Stadtverwaltung stattgefunden. Leider konnte ich den legendären Match nicht mitverfolgen. Wie mir aber berichtet worden ist, ist das gemeinderätliche Team trotz herausragender Taktik und ausserordentlich schöner Spielzüge leider knapp unterlegen. Ich gratuliere Ihnen trotzdem herzlich zu Ihrem engagierten Spiel.
3. Sie haben im Frauenfelder Extranet die Beantwortung der einfachen Anfrage betreffend „Politisches Engagement des Stadtschreibers zum Vorteil der Stadt“ von Gemeinderat Stefan Leuthold mit dem Stadtratsbeschluss Nr. 19 erhalten, sowie
4. Die Beantwortung der Motion der Gemeinderäte Peter Hausammann und Kurt Sieber „Teilrevision Gemeindeordnung und Teilrevision Geschäftsreglement für den Gemeinderat“ mit Stadtratsbeschluss Nr. 235 und 236.
5. Die Beantwortung der Interpellation betreffend „Solarstrom für die Erzeugung von Wasserstoff und Methangas“ der Gemeinderäte Michael Hefti und Stefan Geiges mit Stadtratsbeschluss Nr. 194.
6. Die einfache Anfrage von Gemeinderat Andreas Elliker „Innovations-Technologiepark“ wurde mit Stadtratsbeschluss Nr. 211 beantwortet.
7. Eine einfache Anfrage betreffend „Lohnenswerte Investitionen im Public Private Partnership Photovoltaikanlage der Werkbetriebe Frauenfeld“ von Gemeinderat Pascal Frey ist mit Stadtratsbeschluss Nr. 222 beantwortet worden.
8. Mit Beschluss Nr. 223 des Stadtrats wurde die einfache Anfrage „Landverkäufe der Stadt aus dem Landkreditkonto 2“ von Gemeinderat Peter Hausammann beantwortet.
9. Sowie die einfache Anfrage „Fussweg zwischen Baliere- und Kurzenerchingerstrasse“ eingereicht von Gemeinderat Peter Wildberger, welche mit Stadtratsbeschluss Nr. 232 beantwortet wurde.

10. Die Interpellation betreffend „Hallen-, Frei- und Sprudelbad – Nutzen und Kosten einer tariflichen Benachteiligung von auswärtigen Besucherinnen und Besuchern und mögliche Alternativen“ von Gemeinderat Benjamin Stricker mit Stadtratsbeschluss Nr. 233 beantwortet.
11. Gemeinderat Michael Lerch hat seine einfache Anfrage „Unterflurcontainer“, welche am 1. Juli 2015 eingereicht worden ist, zurückgezogen.
12. An Ihrem Plätzen liegt das Papier bezüglich Legislaturziele der Stadt Frauenfeld für Sie bereit, welches auch bereits im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet wurde.
13. Soeben wurde ein Antrag auf Nichteintreten von Gemeinderat Fredi Marty eingereicht zum Kreditbegehren von 1,2 Mio. Franken als Anteil der Stadt Frauenfeld an die Finanzierung einer dreijährigen Pilotphase 2016-2018 für das Projekt Agro Food Innovation Park.

## 23

### **PROTOKOLL DER SITZUNG VOM MITTWOCH, 19. AUGUST 2015**

**Die Ratspräsidentin:** Das Protokoll Nr. 3 wurde am 25. August 2015 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Datum sind keine Änderungen oder Ergänzungen gewünscht worden. Gibt es weitere Bemerkungen zum Protokoll? – Das ist nicht der Fall. Somit danke ich Ihnen für die Annahme des Protokolls. Herzlichen Dank an die Ratssekretärin Heidi Arnold und allen weiteren Beteiligten.

## 24

### **BOTSCHAFT AN DEN GEMEINDERAT; KREDITBEGEHREN VON 1,2 MIO. FRANKEN ALS ANTEIL DER STADT FRAUENFELD AN DIE FINANZIERUNG EINER DREIJÄHRIGEN PILOTPHASE 2016 - 2018 FÜR DAS PROJEKT „AGRO FOOD INNOVATION PARK“**

**Die Ratspräsidentin:** Wir halten es wie üblich ab, zuerst Eintreten, materielle Beratung, Gesamtabstimmung. Die Botschaft Nr. 4 des Stadtrats vom 8. September 2015 steht zu unserer Verfügung, wie auch das Protokoll der GPK Finanzen und Administration der ersten Sitzung vom 6. Oktober 2015. Ebenso wurde uns das lachsfarbene Papier mit der Ergänzung zugestellt, dass der Antrag 1 auf Seite 19 der Botschaft unter das fakultative Referendum gestellt wird. Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, dann die materielle Beratung, sodann die Anträge auf Seite 19 der Botschaft. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Der Rat erhebt keine Einwände.

### **Eintreten**

**Gemeinderat Peter Hausammann, Referent der GPK Finanzen und Administration:** Die GPK Finanzen und Administration beantragt Ihnen einstimmig, auf die Kreditvorlage für den Agro Food Innovation Park einzutreten. Der Stadtrat will mit diesem Park in Frauenfeld erstens einen zukunftssträchtigen Wirtschaftsstandort entwickeln, zweitens Raum für Bildungsinstitutionen bieten, drittens attraktive Arbeitsplätze ermöglichen und viertens eine dynamische Stadt-

entwicklung prägen. Nach der Informationsveranstaltung des Stadtrats, an der schon viele Fragen gestellt und beantwortet worden sind, hat die Kommission zwei Stunden intensiv mit dem Stadtpräsidenten, dem Projektleiter Herrn Meiert Grootes und Amtsleiter Heinz Egli diskutiert und nachgefragt. Die drei haben ausführlich und sehr offen informiert. Dafür besten Dank.

Ich greife aus der Eintretensdebatte drei grundsätzliche Punkte heraus, die für die GPK zentral sind:

1. Ordnungspolitik: Die grosse Mehrheit der Kommission hat keine ordnungspolitischen Bedenken. Es geht nicht um Subventionen für bestimmte Projekte oder Unternehmen, sondern um Standortförderung, um Planung, Organisation, Unterstützung, Service, um die Schaffung von guten Rahmenbedingungen. Standortförderung ist zum einen Bestandteil der in Art. 2 der Gemeindeordnung verankerten Stadtentwicklung. Zum andern wird Standortförderung in Frauenfeld schon lange tatkräftig und erfolgreich betrieben. Ich erinnere an die Vorgängerstadtpräsidenten Bachofner und Parolari. Und zwar mit dem Einverständnis unseres Rats. Und sie ist auch nötig. Frauenfeld hat zwar viele Standortqualitäten, aber andere Städte auch. Immerhin haben wir mit der absoluten Nähe zu einem internationalen Flughafen fast schon einen USP (unique selling proposition), obwohl wir, da müssen wir ehrlich sein, dafür gar nichts können. Aber man muss eben das, wofür man nichts kann, auch ausnutzen können. Im Standortwettbewerb besteht man nicht, wenn man nichts macht.
2. Entscheidungsbefugnis Stadt- und Gemeinderat für den definitiven Start: Der Stadtpräsident versicherte in der Kommission, dass nach der Pilotphase die Frage nach dem definitiven Start auf jeden Fall in den Gemeinderat kommt. Ein heutiges Ja, und das ist wichtig, ist also keine automatische oder schleichende definitive Zustimmung.
3. Quartierentwicklung: Die Kommission legt Wert darauf, dass die Quartierentwicklung insgesamt und die Entwicklung der armasuisse-Areale im Besonderen nicht einseitig auf den AFIP ausgerichtet werden darf. Auch hier wurden wir beruhigt. Der Lead für die Entwicklung des Quartiers, in dem der Park geplant ist, liegt ganz klar bei der Stadt. Angestrebt wird ein breiter Nutzungsmix mit einer substantziellen Wohnnutzung.

**Die Ratspräsidentin:** Eintreten ist unbestritten und genehmigt.

**Gemeinderat Fredi Marty (Mprof):** Es ist mir klar, dass das Eintreten unbestritten ist. Trotzdem möchte ich zum Eintreten noch etwas sagen. Heute Abend liegt uns eine reich befrachtete Traktandenliste vor. Es wäre mir lieber gewesen, wir hätten über dieses oder jenes Geschäft vor einem Monat beraten, stattdessen wurde der Gemeinderat bei Kaffee und Kuchen auf die vermeintlichen Vorzüge eines Agro Food Innovation Parks eingestimmt. Die Argumente der Befürworter konnten mich nicht überzeugen. Ich bin der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, ein solches Projekt mitzufinanzieren. Die Behandlung dieses Geschäfts ist politisch nicht notwendig. Was mich aber noch viel mehr stört, ist der Zeitpunkt der Vorlage wenige Wochen vor Bekanntgabe des Budgets für das Jahr 2016. Zuerst müssen wir hier im Rat wissen, ob der Stadtrat mit einem weiteren Defizit rechnet und uns allenfalls sogar eine Erhöhung des Steuerfusses beantragt. Heute über ein Kreditbegehren von 1,2 Mio. Franken zu befinden, erachte ich als finanzpolitisch verantwortungslos. Ich stelle daher formell den Antrag, auf das Geschäft nicht einzutreten.

**Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale:** Seit Jahren wird im Kanton Thurgau und in Frauenfeld diskutiert, auf welchem Gebiet unsere Region Schwerpunkte setzen, sich wirtschaftlich weiterentwickeln und Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor mit hoher Wertschöpfung schaffen könnte. Unsere Stärke liegt in der Landwirtschaft, und

da bereits so etwas wie ein Cluster von Nahrungsmittelproduzierenden und –verarbeitenden Betrieben besteht, bot es sich an, auf diesem Gebiet anzusetzen und ein Bindeglied zwischen Forschung, produzierenden Landwirten und verarbeitenden KMUs zu schaffen. Das vorliegende Projekt Agro Food Innovation Park möchte speziell unsere kleinstrukturierte, auf hohe Umweltstandards und Qualität bedachte Landwirtschaft fördern. Die Fraktion CH/Grüne/Grünliberale ist deshalb für Eintreten.

### **Abstimmung**

Der Antrag von Fredi Marty, auf die Botschaft vom Gemeinderat des Kreditbegehrens von 1,2 Mio. Franken als Anteil der Stadt Frauenfeld an die Finanzierung einer dreijährigen Pilotphase 2016 – 2018 für das Projekt Agro Food Innovation Park nicht einzutreten, wird mit 4 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

**Die Ratspräsidentin:** Somit ist das Eintreten genehmigt.

### **Materielle Beratung**

**Gemeinderat Peter Hausammann, Referent der GPK Finanzen und Administration:** Die GPK beantragt Ihnen mit 5 gegen 2 Stimmen, diesen Kredit von 1,2 Mio. Franken für die dreijährige Pilotphase zu bewilligen. Dies, das einstimmig, unter dem Vorbehalt, dass der Kanton ebenfalls zustimmt. Der Kreditbeschluss unterliegt gemäss Art. 32 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum. Das Referendum ging in der Botschaft vergessen. Die GPK hat es Ihnen auf dem berühmten lachsfarbenen Papier nachgeliefert.

Das Wichtigste aus der Diskussion in der Kommission zusammengefasst in elf kurzen Schlaglichtern:

1. KMU – nicht Nestlé: In erster Linie sollen die KMU die Zielgruppe sein und nicht Nestlé & Co. Gerade jetzt, nachdem die Anbindung zum Euro aufgegeben wurde, ist es für die KMU wichtig, einen einfachen Zugriff auf Innovation zu bekommen, so der Projektleiter, der im Übrigen auch auf die Schwierigkeiten vieler KMU in der Ernährungswirtschaft hinwies, aus dem Sparschwein Innovationen finanzieren zu können.
2. Einziger themenbasierter Park: Der AFIP ist der einzige auf ein Thema konzentrierte Park in der Schweiz. Er hat ein klares Profil, das gegenüber Bevölkerung, Wirtschaft und Wissenschaft klar kommuniziert wird. Agro Food Innovation passt zum Thurgau. Der Park besinnt sich auf die Stärke unseres Kantons. Das Projekt beschränkt sich jedoch nicht nur auf Landwirtschaft, sondern umfasst ein Heer an Zulieferbetrieben.
3. ETH: Der Projektleiter verhandelt intensiv mit der ETH, die sich vorstellen kann, mit einem Foodlab mitzumachen.
4. Organisation: Die Struktur für die Pilotphase, Verein mit Vorstand, Geschäftsstelle mit den drei in der Botschaft genannten Bereichen bzw. Abteilungen, ist definiert. Auch dass Verein und Vorstand vom Kanton und von der Stadt dominiert werden, ist klar. Neben zwei Regierungsräten und dem Stadtpräsidenten wird der Projektleiter Herr Grootes weiter dabei sein, zudem Herr Schicker vom Technopark Zürich. Die operative Führung ist strukturiert, aber personell noch offen. Die Leute werden nach der Bewilligung der Kredite ab 2016 nach und nach entsprechend dem Fortschritt eingestellt. Die GPK hätte hier gern mehr erfahren, denn

- die personelle Besetzung der operativen Ebene ist ein zentraler Erfolgsfaktor. Es ist indessen verständlich, dass vor der Bewilligung der Kredite personell nicht allzu viel zu machen ist.
5. Rolle der Stadt: Der AFIP ist und bleibt privatrechtlich organisiert. Die Stadt wird aber auf jeden Fall ein wichtiger Player mit verbindlichen Mitbestimmungsrechten in der definitiven Organisationsstruktur bleiben. In der Kommission wurde in diesem Zusammenhang auf die zu erwartenden hohen Planungsgewinne auf den armasuisse-Arealen hingewiesen.
  6. Kosten und Finanzierung des Projekts: Dazu drei Klarstellungen aus der Kommission:
    - a) In der Pilotphase darf noch keine Stiftung gegründet werden, denn der definitive Start mit der definitiven Struktur geht ja nur mit der Zustimmung unseres Rats. Die 50'000 Franken im Budget unter dem Titel „Minimalkapital für die Stiftung“ gehört deshalb nicht dort hinein. Die GPK verzichtet auf einen Antrag auf Reduktion des Kredits. Es wären dann noch 17'000 Franken, die gestrichen werden müssten, ein Drittel dieser 50'000 Franken. Wie der Stadtpräsident versichert hat, es werde mit einer allfälligen Stiftungsgründung zugewartet.
    - b) Im Budget und im Kostenteiler (Bericht der Steuerungsgruppe Seiten 26 und 27, Botschaft Seiten 15 und 16) ist ein Total von 7'850'000 Franken angegeben, darin inbegriffen 3 Mio. Franken von Privatinvestoren. Man darf diese Beträge nicht einfach zusammenzählen. Das eine sind die Gelder, die in die Projekte fliessen ( 3 Mio. Franken), die von den Privaten kommen sollen und müssen. Das andere sind die Organisationskosten von 4,85 Mio. Franken. Diese werden bis auf die geplanten Sponsorengelder von 300'000 Franken von der öffentlichen Hand getragen, also praktisch zu 100 Prozent und nicht etwa zu 62 Prozent, wie im genannten Bericht auf Seite 27 angegeben ist.
    - c) Das muss sich dann für die definitive Phase ändern und damit komme ich zu Finanzierungsszenarien für die definitive Phase. Die Nutzung des wertvollen Landes im Besitz der öffentlichen Hand, ermöglicht durch Umzonung und Gestaltungsplanung – das muss auch passieren –, darf nicht einfach vor allem für die Finanzierung des AFIP eingesetzt werden. Bericht und Botschaft sprechen ja von 0,1 bis 1,2 Mio. Franken Erfahrungswerten. Auch das hat der Stadtpräsident bestätigt. Hier werden insbesondere auch die vielen Unternehmen ihren Beitrag leisten müssen. Ich verweise auf die vorläufige Liste auf Seite 41 und 42 des Berichts, dort hat es schon einige potente und sogar sehr potente Firmen darunter. Diese sollen auch an die Organisationskosten mitbezahlen.
  7. Ausstiegsszenario/Controlling: Es gibt ein Controlling mit konkreten Kriterien. Die GPK will keine dehnbaren, schön formulierten Kriterien, die dann natürlich im Nachhinein immer schön als erfüllt beschrieben werden können, sondern messbare Kennzahlen. Das sieht der Stadtrat ebenso. Eine entscheidende Kennzahl wird zum Beispiel die Höhe der Projektgelder privater Investoren sein, daneben die Anzahl der Firmen, die Anzahl der Projekte etc. Dort hat man konkrete Zahlen, die man überprüfen kann. Wie viel hat es gegeben? Wie viel hätten wir eigentlich gewollt? Dann hat man auch eine klare Grundlage, um allenfalls auszustiegen oder um allenfalls zu sagen, wir bringen keinen definitiven Start zustande.
  8. Erst wenn es läuft, wollen alle mitmachen. Gewisse österreichische Skifahrer sagen jeweils: „Wann's laft, dann laft's.“ Es muss deshalb jemand vorausgehen. Konkret sind das hier eben Stadt und Kanton mit dem AFIP.
  9. Chancen und Risiken: Das Projekt birgt natürlich gewisse Risiken. Niemand kann garantieren, dass es definitiv zum Laufen kommt. Deshalb ist eine Pilotphase vorgeschaltet. Man könnte auch Probezeit sagen. Die Kommission gewichtet die Chancen deutlich höher als die Risiken. Stadtpräsident Stokholm sprach zutreffend von einem kalkulierten Risiko mit 1,2 Mio. Franken, genau genommen rund 700'000 Franken, denn die Quartierplanung kommt so oder so und muss so oder so bezahlt werden. Verteilt auf drei Jahre bekommt die Stadt die Chance, dass an einem guten Standort eine Entwicklung in Gang gesetzt werden kann,

die private Investitionen, gute Arbeitsplätze, Ideen und marktfähige Lösungen im Bereich Land- und Ernährungswirtschaft mit sich bringt.

10. Herzblut: Das bisherige Vorgehen von Kanton und Stadt und der Projektleiter Meiert Grootes überzeugen. Der Projektleiter bringt viel praktische Erfahrung, Enthusiasmus und Herzblut in das Projekt.
11. Vertrauensvorschuss: Stadtrat, Regierungsrat und Projektleitung erhalten mit einem Ja zum Kredit einen Vertrauensvorschuss. Nach der Meinung der Kommission haben sie ihn verdient. Sie haben drei Jahre Zeit, um die Sache zum Laufen zu bringen.

**Gemeinderat Michael Lerch, Referent der Fraktion FDP:** Die Idee, in Frauenfeld einen Innovationspark aufzubauen, stiess in unserer Fraktion grundsätzlich auf ein positives Echo. Wir sind der Meinung, dass ein Innovationspark im Bereich Agrar und Nahrungsmittel gut in den Thurgau und vor allem auch zu Frauenfeld passt. Frauenfeld ist wegen der guten Verkehrserschliessung und den vorhandenen Arealen an verkehrstechnisch guten Lagen prädestiniert, um den AFIP zu beheimaten.

Was zu sehr ausführlichen Diskussionen führte, war die Frage, ob es Aufgabe der Stadt sei, sich an einem solchen Projekt finanziell zu beteiligen. Diese Frage wurde vor allem auch darum sehr intensiv diskutiert, da die Finanzlage der Stadt gemäss Budget 2015 sowie Finanzplan 2016 – 2018 nicht gerade rosig aussieht. Der Betrag von 1,2 Mio. Franken wird verteilt über drei Jahre eingesetzt. Wichtig ist, dass im Rahmen des Pilotprojekts die Areale, auf welchen sich der AFIP ausdehnen könnte, entwickelt werden. Diese Arealentwicklung ist für die Zukunft der Stadt Frauenfeld sehr bedeutend und muss mit oder ohne AFIP gemacht werden. Im Rahmen dieser Entwicklung wird sich zeigen, welche Areale für rein gewerbliche Nutzung geeignet sind und wo Wohn- und Gewerbenutzung oder reine Wohnnutzung mehr Sinn machen. An Orten mit gemischter oder reiner Wohnnutzung wird sich dann auch zeigen, welche Art von Wohnraum benötigt wird und sinnvoll ist, zum Beispiel Kleinwohnungen, preisgünstiger Wohnraum, komfortabler und somit auch etwas teurerer Wohnraum. Mit oder ohne AFIP ist hier noch alles offen und möglich. Dank des AFIP können sich diverse Dinge rascher entwickeln und umgesetzt werden. Eine Mehrheit der Fraktion kam zum Schluss, dass eine finanzielle Beteiligung im Sinn einer Starthilfe Sinn macht, vor allem auch daher, weil sich auch der Kanton an den Kosten beteiligen wird, sofern der Grosse Rat dem entsprechenden Kreditantrag zustimmt.

Wenn dem AFIP zum Durchbruch verholfen werden kann und sich dieser positiv entwickelt, wird sich dies für das Arbeitsplatzangebot in Frauenfeld positiv auswirken. Im AFIP wird es Arbeitsplätze geben im forschungsnahen Bereich. In diesem Bereich hat es im Moment in und um Frauenfeld herum nur ein sehr bescheidenes Stellenangebot. Es bestehen gute Chancen, dass sich diese gut ausgebildeten Personen in Frauenfeld niederlassen werden und somit für zusätzliches Steueraufkommen sorgen werden. Weiter wurde positiv bemerkt, dass es sich zurzeit lediglich um ein Pilotprojekt handelt, bei welchem auch vorzeitige Ausstiegsmöglichkeiten für die Stadt vorgesehen sind.

Der Fraktion FDP ist es ein Anliegen, dass der Prozess gut begleitet wird. Es soll laufend überprüft werden, ob das Projekt auf Kurs ist. Zudem soll der Gemeinderat und so weit möglich auch die Bevölkerung regelmässig über die Entwicklung im AFIP informiert werden. Stadt und Kanton werden im Trägerverein mit Vertretern präsent sein und können so die Entwicklung aus nächster Nähe mitverfolgen und beeinflussen. Wichtig ist uns, dass frühzeitig klar definiert wird, ob und wie nach Ablauf der Pilotphase eine weitergehende finanzielle Beteiligung der Stadt Frauenfeld vorgesehen ist. Die Fraktion FDP ist der Meinung, dass mit diesem Kredit für die Pilotphase eini-

ges an privater Initiative im Bereich Bildung und Forschungsnähe ausgelöst werden kann, das sonst in Frauenfeld nie zur Umsetzung gelangen würde. Die Fraktion FDP schlägt Ihnen vor, dem Kredit über 1,2 Mio. Franken zuzustimmen, sodass das dreijährige interessante und vielversprechende Pilotprojekt gestartet werden kann.

**Gemeinderat Pascal Frey, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaften/JUSO:** Um eines vorwegzunehmen: Ja, wir finden den geplanten Innovationspark eine gute Sache. Aber wir haben auch Vorbehalte.

Zuerst zu den aus unserer Sicht positiv zu erwähnenden Dingen: Die Absicherung mit den laufenden Überprüfungen und den Ausstiegsszenarien ist unserer Meinung nach die einzig richtige Vorgehensweise. Es macht keinen Sinn, das Projekt auf Biegen und Brechen durch die Pilotphase zu ziehen, wenn es nicht auf Anklang stösst. Auch gut finden wir die Taktik „agieren statt reagieren“. Vieles ändert sich. Ich nehme an, alle von uns erinnern sich noch an die Zeit, in der noch nicht in jedem Zuhause ein Computer stand und wir noch nicht alle permanent mit Mobiltelefonen erreichbar waren. Auch in der Landwirtschaft wird in Zukunft die Anzahl der elektronischen Geräte weiter steigen. Dann wird nicht nur der Melkstand automatisiert sein. Bereits heute sind in Kulturen Jätroboter unterwegs, die sich selbstständig orientieren und die Pflanzen unterscheiden können. Klar, diese sind erst als Prototypen erhältlich, aber der eingeschlagene Weg ist klar. Und genau dieser Bewegung soll nicht hinterhergehinkt werden, sondern wir dürfen gern von Beginn weg dabei sein. Die angedachten Projekte tönen gut, und wenn damit u.a. weniger Chemie eingesetzt und gleichzeitig der Ertrag erhöht werden kann, ist dies klar in unserem Sinn.

Von uns kritisch beäugt wird die monogame Nutzung des riesigen Areals. Es gäbe viele weitere genauso unterstützenswerte Projekte, die sich auf dem 120'000 Quadratmeter grossen Perimeter verwirklichen liessen. Seien dies zum Beispiel Proberäume für Bands, Ateliers für Künstler, günstiger Wohnraum, günstige Industriehallen für Startups, und zwar nicht nur solche aus der Agrofoodbranche und so weiter. Wir hoffen bzw. wir gehen davon aus, dass das Projekt für die Arealentwicklung trotzdem durchgeführt und der Perimeter entsprechend angepasst wird.

Weiter ist bei uns auch die Frage aufgetaucht, wie fest der Aufbau eines solchen Parks Stadt- und Staatssache ist. Wir finden es falsch, an anderen Orten Leistungen abzubauen, damit ein solcher Park aufgebaut werden kann. Klar, wenn man den Arealentwicklungsanteil abzieht und die Kosten auf die drei Jahre verteilt, geht es nur noch um ca. 200'000 Franken pro Jahr. Hier drin haben wir aber in den letzten paar Budgetdebatten um kleinere Beträge gefeilscht und Leistungen entsprechend abgebaut. Wir sind hier klar der Meinung, dass bei einer Annahme des Projekts gezwungenermassen eine Erhöhung des Steuerfusses nötig wird. Auch ist ein finanzielles Risiko für den Steuerzahler nicht von der Hand zu weisen. Wenn die Projekte bei den Erzeugern und Vertreibern keinen Anklang finden, muss abgebrochen werden und somit verlieren wir dann unser Geld, da die erhofften positiven Effekte nie eintreten. Wir würden es ausserdem stossend finden, wenn die privaten Investoren eine Rendite erhalten würden, wenn gleichzeitig das Kapital dafür aus der öffentlichen Hand kommt. Und sei dies nur mit zinslosen Darlehen oder mittels Überschreibungen von Parzellen oder Gebäuden.

Zusammenfassend sehen wir, dass die Vorteile überwiegen, und stehen dem Projekt mehrheitlich positiv gegenüber, und wir hoffen, unsere Bedenken werden gehört.

**Gemeinderat Christoph Regli, Referent der Fraktion CVP/EVP:** Natürlich, es braucht Mut, ja zu sagen, weil allenfalls in zwei Jahren klar werden könnte, dass der heutige Entscheid zum Teil eine Fehlinvestition war. Ein Nein ist viel gemütlicher. Man wird später nicht einen Fehlentscheid nachweisen können. Dass aus den verpassten Chancen viel hätte werden können, wird später auch nicht beweisbar sein. Wir haben diesen Mut, ja zu sagen und sehen gute Chancen. Risiken gibt es bei allen Chancen – immer. Die GPK hat einen symbolischen Akt für ein Risikodach vollzogen. Es ist vereinbart, dass die Stiftungsgründung erneut vor den Gemeinderat kommt. Entsprechend scheint uns hier das Risiko abschätzbar und im Verhältnis zu den grossen Chancen absolut vertretbar. Dennoch sind beide Elemente noch etwas genauer zu beurteilen. Der Bericht zeigt beides gut auf.

Zum Thema Risiko haben wir noch Abklärungen zum Einstieg in den Park getroffen, deren Ergebnisse ich euch nicht vorenthalten möchte. Der Trägerverein ist die juristische Person, die das Budget verwaltet, die Aufträge erteilt und die Personen anstellt. Und wie wir gehört haben, sind in diesem Trägerverein die Stadt und der Kanton dominant. Interimistisch wird er die Funktion der Geschäftsstelle übernehmen. Herzblut und Motivation sind also von Anfang an vorhanden und dies scheint uns eines der wesentlichen Elemente für das Gelingen zu sein. Es wird Leistungsaufträge geben sowie ein Monitoring und jährliche Zwischenberichte betreffend die Zielerreichung, also werden wir nicht erst vor einer Stiftungsgründung oder Nichtstiftungsgründung entscheiden oder die Informationen erhalten. Sobald die Gelder gesprochen sind, wird es einen runden Tisch mit allen bisher Beteiligten geben. Dessen Ergebnis sollten mögliche Kandidaten und Zusammenarbeitsformen aufzeigen. Die Funktionen der Geschäftsstelle werden aber auch hier interimistisch immer noch vom Trägerverein übernommen. Es kommt also nicht ein langes Warten, dass dann nach den zweieinhalb Jahren überhaupt noch nichts entscheidungsreif sein könnte. Und last but not least ein wesentliches Element, die Leistungsvereinbarung ist gekoppelt mit Anstellungsverträgen, die auf ein Jahr ausgestellt sind. Also auch hier wird zuerst Leistung verlangt, bevor etwas definitiv überführt wird. Das sind wahrscheinlich alles weitere Informationen, die das Risiko tief halten. Wir denken, dass die Chancen im Bericht sehr gut dargestellt sind. Ich verzichte deshalb auf eine vollständige Aufzählung, aber man muss halt auch ein wenig Optimismus an den Tag legen, um auf das Eintreffen zu vertrauen. Einige will ich hier doch erwähnen.

Zwar ist das Projekt beim Bund ausgeschieden, allerdings weniger mit inhaltlichen Begründungen. Fakt ist aber, dass Land- und Ernährungswirtschaft im Thurgau eine Stärke ist. Eine Stärke, die es unseres Erachtens verdient, ausgebaut zu werden. Die positive Resonanz bei Gewerbe und Industrie sowie bei Firmen in der Branche ist ebenfalls ein guter Indikator. Investoren scheinen Projekte zu suchen und Forscher suchen Projekte. Eine Plattform in Frauenfeld soll Abhilfe schaffen, nicht nur virtuell, sondern Face to Face am Zünftisch. Voraussichtlich könnten wir hier erstmals einer Bildungsinstitution auf dieser Stufe angeschlossen sein, was in naher Umgebung eine Selbstverständlichkeit ist. Denken wir an Winterthur, Konstanz, St. Gallen. Weiter gäbe es attraktive Arbeitsplätze für junge, gut ausgebildete Angestellte. Aktuell verlassen viele Junge den Thurgau aus diesem Grund eher, als dass sie zuwandern. In dieser Planungsphase hätten wir eine dynamische Stadtentwicklung, statt einfach abzuwarten. Uns gefällt es besser, zu agieren und eine Chance zu haben, als nur dann mal zu reagieren und die Chancen dann einfach mal verpasst zu haben.

Wir haben das Geschäft in der Fraktion wirklich tief und sehr kritisch hinterfragt, weshalb ich insbesondere folgende vier Bereiche auch noch erwähnen möchte:

Wieso ist ein Anstossen für die Projekte nötig? Wer wirtschaftlich liberal denkt, darf hier zur Kenntnis nehmen, dass es nicht um eine dauerhafte Subvention, sondern um das Anwerfen eines Motors geht. Es geht nicht primär um ein Anstossen einzelner Projekte, sondern darum, dafür gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Die einzelnen Projekte müssen dann ja auch noch einem Bedürfnis entsprechen und ja, zum Zweiten erachten wir dies in diesem Zusammenhang und in diesem Rahmen auch als staatliche Aufgabe. Die Stadt hat sowohl Stadt- als auch Regionalentwicklung zu betreiben, und da haben wir ein gutes Beispiel dafür. Wir greifen dazu auch nicht zu stark in die Privatwirtschaft ein, denn für die Finanzierung der einzelnen Projekte wird es dann die entsprechenden Projektponsorings ebenfalls brauchen. Können wir uns das leisten? Auch wenn der Stadtrat sicher wieder massiv am Budget schrauben muss, um uns einen akzeptablen Vorschlag vorlegen zu können, ist für uns klar, besondere Chancen müssen wir dennoch immer ernsthaft prüfen. Zudem reden wir von weniger als einem Steuerprozent pro Jahr. Und Teile daraus würden ohnehin anfallen, nämlich beispielsweise die Evaluation für die Quartierentwicklung.

Über die genauen Standortfragen müssen wir jetzt nicht debattieren. Dies wird im Rahmen der Arealentwicklung das Thema sein. Und genau dies wird uns auch nützlich sein, wenn der Agro Food Innovation Park allenfalls entgegen meinen oder unseren Erwartungen nicht erfolgreich sein wird. 1,2 Mio. Franken tönt nach viel Geld, ist aber eine Bruttozahl, wie wir bereits gehört haben, und halbiert sich. Der Betrag wird dann nochmals auf drei Jahre verteilt. Es ist nicht einfach eine Ausgabe, sondern eine Investition, und das dank des grossen Vermögens unseres Erachtens auch verantwortbar.

Entsprechend diesen Ausführungen wiederhole ich gern den Satz: Uns scheint hier das Risiko abschätzbar und im Verhältnis zu den grossen und guten Chancen absolut vertretbar. Denn wer nichts macht, macht meistens auch keine ersichtlichen Fehler. Hier dürfen wir aber nicht passiv sein. Ob das Volk dies besser beurteilen kann und überhaupt beurteilen will, erachten wir als fraglich. Wir gewählten Volksvertreter sollten hier die Verantwortung übernehmen. Deshalb ist die CVP/EVP-Fraktion grossmehrheitlich für die Anträge in der Botschaft und freut sich, wenn dies bei Ihnen nun auch der Fall ist.

**Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale:** Wo sehen wir die Chancen für einen erfolgreichen Agro Food Innovation Park? Sowohl bei den nahrungsmittelverarbeitenden Betrieben wie auch in der Landwirtschaft gibt es noch unzählige Verbesserungsmöglichkeiten. Uns ist es wichtig, hochwertige Nahrungsmittel weiterhin ohne Gentechnologie möglichst natur- und tiergerecht und mit möglichst wenig Einsatz von Herbiziden, Fungiziden, chemischen Düngemitteln und Antibiotika zu produzieren. Neue Krankheiten wie Feuerbrand oder die Kirschessigfliege versuchen die grossen Agrofirmer, mit ihren chemischen Produkten zu bekämpfen, da sie schliesslich etwas verkaufen möchten. Die 94-fache Überschreitung der erlaubten Fungizidkonzentration Fluopyram im Eschelisbach bei Güttingen lässt grüssen. Oft gibt es alternative, intelligentere Abwehrmethoden, die vielleicht schon erforscht, aber noch nicht verbreitet wurden, wie sie zum Beispiel der Insektenforscher Hans Rudolf Herren mit Biovision in tropischen Ländern einführen und damit Hungernöte und Flüchtlingsströme verhindern konnte.

Es gibt in unseren Kreisen auch Gegner der Vorlage. Sie sehen wenig Erfolgchancen, da keine Ausbildungsstätte direkt angegliedert ist. Die Konkurrenz mit ähnlichen Angeboten ist gross. Die ETH in Zürich, Fachhochschulen Wädenswil, Changins, die verschiedenen Abteilungen des Bundes Agroscope in Tänikon, Reckenholz, Bern Liebefeld, Posieux, bei Fribourg und das kantonale Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg. Auf ihren Internetportalen versuchen die Fach-

hochschulen, zum Beispiel Wädenswil, ähnliche Aufträge zu erhalten, wie sie der AFIP sucht. Unter den Institutsgründungen im Thurgau ist die Pädagogische Hochschule sehr erfolgreich, weil sie junge Leute ausbildet. Die etwa zur gleichen Zeit gegründete Stiftung für biomedizinische Forschung in Frauenfeld mit PD Moser und drei Chefärzten im Stiftungsrat erlitt mit ihrem Projekt Nukleus Mitte der 90er-Jahre Schiffbruch. Sie konnte zu wenig Forschungsaufträge akquirieren. Landwirtschaftskreise haben auch Bedenken, dass der AFIP sich einfach ein weiteres Stück aus dem ohnehin kleinen Verdienstkuchen der Bäuerinnen und Bauern abschneidet.

Zusammenfassend ist eine grosse Mehrheit unserer Fraktion dafür, das Kreditbegehren zu unterstützen. Wer nichts wagt, gewinnt nichts. Der Einsatz ist überschaubar und zeitlich begrenzt. Wichtig ist, dass die Stadt in allen Phasen mitentscheidet mit dem Einsitz des Stadtpräsidenten und der Abteilung für Stadtentwicklung im Trägerverein und allenfalls später in der Stiftung. In drei Jahren werden wir als Gemeinderat neu entscheiden und nicht nur die finanziellen Aspekte anschauen, sondern auch, in welche Richtung sich der AFIP bewegt. Er darf keine Berührungsängste mit der Biolandwirtschaft haben. Entwicklung in Richtung Turbokühe und Industrialisierung der Landwirtschaft werden wir ablehnen.

**Gemeinderat Andreas Elliker, Referent der Fraktion SVP/EDU:** Unsere Fraktion ist einstimmig gegen den Kredit der Stadt Frauenfeld von 1,2 Mio. Franken. Wir sind der Ansicht, dass dieser Park, wenn er so vielversprechend wäre, von der Wirtschaft finanziert würde. Die Stadt hat genügend Baustellen offen und wir sehen nicht ein, dass die Stadt in den nächsten drei Jahren jährlich knapp ein Steuerprozent an diesen Park bezahlen sollte. Die Finanzlage ist ja nicht gerade rosig, und wenn diesem Kredit zugestimmt wird, hat der Stadtrat einen Freipass für eine Steuererhöhung. Dies ist gegenüber den anderen Stadtmitarbeitenden nicht fair, die Jahr für Jahr solid arbeiten und versuchen, jeden Franken zu sparen und zu optimieren. Und für dieses Projekt sollen wir Geld sprechen ohne ein überzeugendes Konzept. Das wäre ein schlechtes Zeichen. Der Gemeinderat wurde erst Mitte September das erste Mal über dieses Projekt informiert. Dies, obwohl man seit 2012 an diesem Projekt arbeitet. Es ist sehr verwunderlich, dass die Gemeinderäte an keinen einzigen Anlass eingeladen wurden. Der Bericht über den Agro Food Innovation Park von gesamthaft 47 Seiten gibt keine wirklich wichtigen Neuigkeiten preis. Unter Kollegen würde man sagen, es ist nur heisse Luft. Für diese heisse Luft werden aber 4,5 Mio. Franken Steuergelder benötigt, wovon die Stadt 1,2 Mio. Franken beizusteuern hätte. Es ist ein schwacher Bericht und die 19-seitige Botschaft sagt gleich wenig aus. Zur Veranschaulichung dieses Vorwurfs zitiere ich einen Satz aus der Botschaft Seite 9: „Es geht im Kern um die qualitative Weiterentwicklung einer langfristig angelegten, nachhaltigen, gerechten, vernünftigen, gesunden und zukunftsgerichteten Land- und Ernährungswirtschaft, und zwar sowohl auf regionaler wie auch auf nationaler und internationaler Ebene.“ Dieser Satz sagt alles und nichts. Genau bei solchen nichtssagenden Luftblasen, welche eigentlich den Kern des Projekts beschreiben, stellt sich die Frage: Was wurde eigentlich in dieser Zeit erarbeitet? Aus unserer Sicht nicht viel Zählbares.

Das Flagship 2 Robotik/Automatisierung ist eine Innovation, die es schon mindestens zehn Jahre gibt. 2004 machte ich die Ausbildung zum Landwirt, wir hatten da eine Exkursion ins Kathariental, wo uns dies vorgestellt wurde. Das Flagship ist nach meiner Übersetzung das Führungsschiff einer Kriegsflotte. Wir wollen keine ganze Schiffsflotte, die sich von diversen Flaggschiffen verzettelt, sondern wir wollen konkrete, zielgerichtete und vor allem überschaubare Projekte. All das vermissen wir bei diesem Innovationspark. Jeder, der dafür ist, soll von seinem privaten Geld mindestens 1'000 Franken spenden, das wäre der beste Beweis, dass man von diesem Projekt überzeugt ist. Es ist einfach, Geld auszugeben, das einem nicht gehört. Die Pilotphase geht nur zwei Jahre, nicht drei Jahre. Um die Weiterführung des Innovationsparks ab 2019 sicherzustellen

len, braucht es spätestens 2018 einen Bericht, damit der Park Anfang 2019 nicht ohne Geld dasteht. Geschätzte Projektgruppe, ich fahre lieber mit dem Traktor als mit dem Porsche und kann jederzeit reagieren. Der Geschäftsführer sagt aber, man müsse die Geschwindigkeit hochhalten. Dies ist mir aber zu schnell, da es für viele nicht nachvollziehbar ist. Bitte bringt in Zukunft realistische, umsetzbare Pilotphasen.

Als Fachmann, ehemaliger Aussendienstmitarbeiter einer Mühle und erwerbstätiger Landwirt kenne ich die Abnehmer- und Produzentenseiten bestens. Sie würden ja nicht glauben, dass Coop und Migros zusammen eine Innovation entwickeln wollen oder würden. Die schenken sich nichts. Diese Konzerne machen Riesengewinne und somit wäre die Finanzierung des Agro Food Innovation Parks für diese Firmen eine Investition aus der Portokasse. Das gilt auch für Konzerne, die im Bericht erwähnt sind. Das sind grosse Konzerne, wenig kleine KMUs wie Emmi, fenaco, Hochdorff Swiss Nutrition, Bina oder auch die Verpackungsfirma Model. Als Milchproduzent kann ich Ihnen sagen, dass die grossen Milchabnehmer durch den Eurocrash Anfang dieses Jahres den Bauern den Preis um 7 Prozent stärker gesenkt haben, als sie hätten müssen. Wieso sollen die Stadt und der Kanton diesen Konzernen unter die Arme greifen? Diese machen über Jahre immer sehr grosse Gewinne. Warum sollte etwas Neues aufgebaut werden, wenn man die Agroscope-Standorte Täniken und Wädenswil hat? Bei diesen ist die Zukunft ja noch ungewiss. Dazu gibt es im Thurgau die landwirtschaftliche Schule am Arenenberg, die ich sehr gut kenne. Die Innovationen kommen vielfach von kleinen Betrieben und Grossbetriebe kopieren diese. Zum Beispiel wurde die Rapsölflasche der Familie Kressibucher kopiert, dies von einem Schweizer Detaillisten, was die Familie dazu zwang, sich wieder nach einer neuen Flasche umzusehen, damit sie sich differenzieren kann. Die Grossen produzieren dann die Masse. Ich weiss dies auch nach meiner Zeit im Aussendienst bei einer Futtermühle, die auch Mehl produzierte. Die Grossmühlen kopieren, sobald sie in grosser Masse rentabel produzieren können. Man möchte auch 12 Hektaren Industrie- und Gewerbeland reservieren, dabei weiss man nicht einmal zu 100 Prozent, ob man die Fläche bekommt. Was, wenn eine andere Firma Interesse hat an diesem Standort, die nichts mit dem Park zu tun hat? Man müsste diesen sagen, diese Fläche ist vorreserviert, oder doch nicht? Die Stadt hat bis heute dem Gemeinderat noch kein Konzept über die vorhandenen Bauflächen auf dem ganzen Stadtgebiet vorgelegt, wie und was darauf geschehen soll. Ich bin der Ansicht, dies sollte zuerst geklärt werden, bevor man mit der grossen Kelle dieses Projekt anrührt.

Der Geschäftsführer des Parks hat seine eigene Homepage grösstenteils nur auf Englisch aufgeschaltet. Ich konnte mir leider, weil ich diese Sprache nicht so gut beherrsche, kein richtiges Bild von dieser Firma machen. Dieses Vorgehen ist nicht vertrauensbildend und fördert unser Misstrauen. Was für Aufträge hat dann diese Firma, wenn der Park in die Pilotphase geht? Als Biolandwirt – Betrieb seit 1996 auf Bio -, der seit zweieinhalb Jahren keine Antibiotika bei den Milchkühen einsetzt, weiss ich, was hinter einer nachhaltigen Innovation steckt. Zum Beispiel das Mittel A bei Husten wirkt bei Kuh Alpha, bei Kuh Beta mit dem gleichen Husten wirkt das gleiche Mittel nicht. Dafür spricht sie auf Mittel B an. Für das muss man spezielle Kenntnisse haben. Diese kann man nicht in Studien belegen oder mit einem Handbuch kaufen. Wenn das nicht so wäre, wären viele meiner Kühe schon gestorben. Man muss den Kreislauf der Natur kennen und diesen mit der Natur gehen. Die Natur hat immer recht. Sie kann sich auch immer anpassen. Ich empfehle Ihnen, diesen Kredit abzulehnen. Unsere Fraktion wird, wenn der Rat diesem Kredit zustimmt, das Behördenreferendum befürworten.

**Gemeinderat Fredy Marti (Mprof):** Ich beantrage Ihnen ebenfalls, den Kredit von 1,2 Mio. Franken für die Finanzierung des Anteils der Stadt Frauenfeld nicht zu bewilligen und begründe dies kurz wie folgt:

1. Wie schon gesagt wurde, ist es nicht Aufgabe der Stadt, einen Agro Food Innovation Park mitzufinanzieren. Der Anstoss müsste meines Erachtens aus der Wirtschaft kommen.
2. Die Finanzierung des Projekts in der Pilotphase steht auf wackligen Beinen. Die Stadt trägt ein zu grosses Risiko. Von privaten Investoren sind erst 500'000 Franken schriftlich zugesichert. Ob der Bund im Rahmen der neuen Regionalpolitik und die armasuisse gemeinsam rund 800'000 Franken zur Finanzierung beitragen werden, ist zudem noch offen, wie wir auf Seite 17 der Botschaft erfahren.
3. Sollte das Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2016 mit einem weiteren Defizit rechnen, ist kein finanzieller Spielraum für solche Risikoprojekte mehr vorhanden.
4. Wenn der Agro Food Innovation Park nach der Pilotphase scheitern sollte, wird die Stadt Hunderttausende Franken an Steuergeldern in der Murg versenkt haben, auch wenn eine gute halbe Million des geforderten Kredits für die Stadtentwicklung Frauenfeld 2030 vorgesehen ist, auch dies ein Projekt mit vielen Unbekannten.
5. Sollte der Park nach der Pilotphase weitergeführt werden, ist gemäss Botschaft des Stadtrats mit weiteren Vorinvestitionen zu rechnen. Ich nehme an, in Millionenhöhe. Allein schon deshalb sollte das Stimmvolk von Frauenfeld das letzte Wort haben.

Aufgrund dieser Argumente bitte ich Sie, den Antrag der Fraktion SVP/EDU und meinen Antrag zu unterstützen.

**Gemeinderat Stefan Geiges, Referent im eigenen Namen:** Ich danke dem Stadtrat für die detaillierte Botschaft und den Bericht der Steuerungsgruppe. Ich anerkenne, dass Kanton und Stadt das Vorhaben mit viel Optimismus verkaufen wollen. Zuerst möchte ich eine Auslegung vornehmen und auch einen Blick auf die Geschichte solcher Institutionen in Frauenfeld werfen.

In der Vergangenheit hat die Stadt zusammen mit dem Kanton zum Thema Innovation mindestens zwei Mal Pech gehabt. Sie erinnern sich vielleicht:

An das Gründerzentrum START in der Walzmühle: Kanton, Stadt, Kantonbank und HRS haben ein Gründerzentrum für Jungunternehmer gemacht. Auch dort hat man einen Geschäftsführer angestellt. Der grösste Teil von den Jungunternehmern hat Konkurs gemacht, ein paar wenige haben es geschafft – und sind dann gegangen. Und am Schluss haben die privaten Initianten das Gebäude übernommen. Das Projekt ist lautlos beerdigt worden – inklusive Steuergelder.

Oder an das Innovationszentrum für Biotechnologie, dem sogenannten „Nukleus“ im Langdorf. Kanton und Stadt haben vor rund 15 Jahren auf Anregung, mitten im Wohngebiet, ein Forschungszentrum bauen wollen – sie haben wieder einen Geschäftsführer angestellt und versprochen, das Ganze genau zu prüfen. Auch Nukleus ist still gestorben.

Und jetzt der „Agro Food Innovation Park“. Der Bund, der Kanton und die Stadt sind wieder zusammen und der Stadtrat will jetzt von uns 1,2 Mio. Franken Steuergelder für eine dreijährige Pilotphase. Der Stadtrat will mit diesem Geld wieder genau abklären, ob so ein Innovationspark Erfolg haben könnte. Dass man sich schon zu diesem Zeitpunkt konkret auf Frauenfeld – und hier ebenso konkret auf festgelegte Liegenschaften ausrichtet – zeigt, dass schon vieles vorbestimmt ist.

Ich bin nicht einverstanden mit dem Stadtrat, wenn er schreibt, die Thurgauer Lebensmittelindustrie habe die Nase nicht mehr vorn. Man kann es auch anders sehen:

1. Die Migros in Bischofszell ist führend bei Pommes Chips (sie produziert sogar für „Zweifel“ Chips), bei Fertiggerichten von der Marke „Anna's best“ oder beim Eis-Tee.
2. Die Milchpulverfabrik Sulgen exportiert hochwertige Produkte sogar nach China.
3. Die Zuckerfabrik in Frauenfeld ist eine der modernsten in Europa – und ist sogar ein Grosslieferant von Red Bull. Die momentane Krise bei Zuckerfabrik hat andere Gründe, auch das wissen die Insider hier im Rat.
4. Die Agroscope-Niederlassung in Tänikon ist seit bald drei Jahrzehnten international führend im Bereich Landwirtschaft und Energie.
5. Die Mosterei Möhl ist heute der grösste Obstverarbeitungs-Betrieb in der Schweiz und produziert erfolgreich Spitzen-Most.
6. Die Teigwaren von Pasta Premium in Frauenfeld stehen heute auch in den Regalen von den Grossverteilern.

Ich könnte diese Aufzählung noch weiterführen und die verwandte Nahrungsmittel-Verpackungsindustrie oder die Herstellerin von Kaffeemaschinen oder Stab-Mixern im Thurgau erwähnen. Ich glaube auch weiterhin an unsere Lebensmittelindustrie.

Ich komme zurück zur Botschaft – und zu meinem Standpunkt: Als Unternehmer habe ich es mir wirklich schwer gemacht gegen dieses Projekt zu sein. Für mich braucht es Mut Nein zu sagen. Da sehe ich es einmal anders, als meine Fraktion. Denn für einmal will der Staat uns Unternehmer unterstützen.

Geschätzter Stadtrat, sie haben es nicht geschafft mich zu überzeugen. Auch der Vorwurf, dass ich an der Informationsveranstaltung nicht dabei gewesen bin, lasse ich nicht gelten. Denn Überzeugungsarbeit für ein solches Projekt ist nach meiner Ansicht anders aufzugleisen. Emotional fehlt mir auch das Funkeln in den Augen derer, die keinen Lohn aus diesen 1.2 Millionen erhalten, also all die Exekutivmitglieder bei Stadt und Kanton, die hier involviert sind und auch bei Ihnen, meine lieben Ratskolleginnen und Ratskollegen, funkelt es für mich zu wenig.

Ich stimme gegen dieses Projekt und werde auch für das Behördenreferendum aufstehen. Wenn unsere Frauenfelderinnen und Frauenfelder diesem Park zustimmen, dann hat unsere Exekutive den Auftrag vom Volk. – Besten Dank.

**Gemeinderat Benjamin Stricker, Referent im eigenen Namen:** Leidenschaft, Entschlossenheit und Vertrauen sprühten, als Alt-Stadtammann Carlo Parolari den Agro Food Innovation Park anlässlich einer Sitzung der Fachkommission Frauenfeld 2030 im vergangenen Jahr präsentierte. Diese Einstellung wünsche ich den Projektverantwortlichen und vor allem uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäten beim Ja zur Finanzierung dieser Pilotphase. Und diese Einstellung brauchen wir, damit das entstehende Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile. Dann trägt auch das investierte Geld Früchte, nicht wie bei den Beispielen, die erwähnt wurden. Man kann ja auch lernen aus den Misserfolgen. Für Motivation unter vereinzelt Skeptikern aus unseren linken Reihen würde vielleicht ein Flaggschiffprojekt im Bereich Fair Food, Biolandbau oder Bodenschutz sorgen. Und, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Projektverantwortliche, verstärken Sie dieses Netzwerk. Sie brauchen die Weitsichtigen unter den Meisterlandwirten, Sie brauchen unsere innovativen Gemüse- und Beerenbauern, Sie brauchen die motivierte Thurgauer Recyclingbranche, die Energielieferanten, die Restaurants und Konsumenten und Sie brauchen unsere TKB. Und natürlich brauchen Sie von wegen Wohlbefinden den Rebbau und die Schoggifabrik. Erfolg wird dem Projekt beschieden sein, wenn es Wurzeln schlagen kann und

wenn es die Mitwirkenden beflügelt. Dafür wünsche ich den Verantwortlichen viel Bodenhaftung und Weitsicht.

**Gemeinderat Thomas Gemperle, Referent im eigenen Namen:** Wir leben schon in einem erstaunlichen Land. Obwohl wir bisher die Innovation weitgehendst in privaten Händen gelassen haben, ist die Schweiz bezüglich Innovation weltweit Spitze. Es kann sein, dass wir im Hinblick auf die Zukunft etwas daran ändern müssen. Aber dann braucht es gute Gründe und ein überzeugendes Konzept, und das fehlt mir beides bei dieser Vorlage. Es sind vor allem auch ordnungspolitische Fragen, die ich aufwerfe und die für mich ausschlaggebend sind für die Ablehnung dieses Projekts.

1. Gehört es wirklich zu den Aufgaben der Stadt Frauenfeld, diesen Park zu finanzieren? Der Staat hat gewisse Kernaufgaben wie Sicherheit, Strassenbau usw., und auch die Förderung der Unternehmen, gute Rahmenbedingungen zu erstellen, gehört garantiert dazu. Da sehe ich aber vor allem für alle Unternehmen Handlungsbedarf, dass alle Unternehmen von einem steuerlich attraktiven Klima profitieren können, dass alle Unternehmen von guten Raumangeboten profitieren können. Stichwort Zuwanderung, die immer mehr auf die Bodenpreise und die Preise der Gebäude drückt, ist kein kommunales Problem, aber soll hier erwähnt sein. Das sind aus meiner Sicht die vordringlichen Aufgaben einer Standortförderung und gehören zu guten Rahmenbedingungen. Das ist allemal besser als etwas künstlich Geschaffenes, wie wir heute darüber diskutieren. Das Risiko dieser Vorlage ist ein hundertprozentiger Ausfall der Mittel und das trägt schlussendlich der Steuerzahler. Es kann mir heute Abend niemand versprechen, dass es keine Steuererhöhung geben wird. Im Gegenteil, wenn ich Kollege Frey höre, sehnt man sich auf der linken Seite geradezu nach einer Steuererhöhung oder erwartet sie zumindest. Wer dieser Vorlage zustimmt, nimmt fahrlässig auch eine Steuererhöhung in Kauf.
2. Konkurrenzieren wir nicht andere? Schaffen wir keine Doppelspurigkeiten mit diesem Park? Es wurde von Kollege Geiges erwähnt, es gibt diverse Organisationen und Firmen, die sich in diesem Bereich engagieren. Ich nenne als weiteres Beispiel die KTI, die Kommission für Technologie und Innovation des Bundes. Das sind Millionen von Bundesmitteln, die für genau diese Aufgabe zur Verfügung stehen. Wer das ein wenig beobachtet, merkt, dass dies nicht funktioniert. Das ist ein sehr teurer, millionenteurer Laden mit sehr zweifelhaftem Erfolg. Ich vermisse in dieser Botschaft die klaren Informationen, wie eine allfällige Koordination mit diesen Organisationen aussehen würde. Ich sehe eher das Risiko, dass wir zusätzliche Strukturen schaffen, die eben gerade auch im Bereich Startup-Förderung, im Bereich Coaching tätig sind, wo wir bereits auf anderen Ebenen genügend Institutionen haben.
3. Warum engagiert sich die Privatwirtschaft nicht stärker bei diesem Projekt? Es gibt bereits diverse privat finanzierte Technologieparks und Wissensparks. Wenn die Wirtschaft wirklich ein Interesse daran hat, erwarte ich ein stärkeres Commitment, dann erwarte ich stärkere Investitionen seitens der Wirtschaft. Gerade auch grössere Konzerne im Bereich der Nahrungsmittelindustrie haben diese Mittel, und wenn sie da nicht aktiver dabei sind, muss ich davon ausgehen, dass das Interesse nicht genügend gross ist. Darum sehe ich, dass dieser Park unter diesen Vorzeichen zwecklos ist. Ein weiterer Aspekt: In der jetzigen Wirtschaftslage mit diesen schwachen Renditen ist eigentlich genügend Investorenkapital vorhanden. Das heisst, mit einer guten Idee sollte es nicht so schwierig sein, auch in der Privatwirtschaft Risikokapital zu beschaffen.
4. Wollen wir eine weitere Aufblähung des Staats? Natürlich, wir schaffen Stellen damit, aber das sind staatliche Stellen oder zumindest staatsnahe Jobs. Wir kritisieren immer das Stellenwachstum in der Stadt und mit dieser Vorlage forcieren wir das genau, indem wir staats-

nahe Jobs schaffen. Und das in einer Branche, die bereits jetzt stark vom Staat unterstützt wird.

5. Wollen wir, dass sich der Staat immer mehr in Gebiete ausweitet, dass er hier innovativ ist beim Schaffen solcher Jobs? Ich bin der Meinung, wir sollten das der Privatwirtschaft überlassen. Wir haben genügend Standortförderung und Stadtentwicklung und Budget genau in diesen Bereichen, dass wir dafür genügend Mittel zur Verfügung haben. Oder wo um Himmels willen soll sich die Stadt denn sonst noch überall engagieren? Mir ist klar, Politiker wollen nicht über lapidare Verbesserungen der Rahmenbedingungen sprechen, sondern konkret und sichtbar etwas tun. Ich mahne hier einfach zur Zurückhaltung.

Es braucht den Innovationspark ganz offensichtlich nicht, wenn die Wirtschaft nicht finanziell mitzieht, und für alles andere haben wir Hochschulen und nationale Programme in diesem Land, die auch in der Vergangenheit massiv ausgebaut wurden. Entscheiden Sie sich für einen ordnungspolitisch sauberen Weg, lehnen Sie diese Vorlage bitte ab.

**Stadtpräsident Anders Stokholm:** Vielen Dank, dass ich mich auch noch an Sie wenden darf. Vielen Dank auch für die ganz vielen Voten. Auf die Gefahr hin, niemanden mehr umzustimmen, möchte ich dennoch das Wort ergreifen und das eine oder andere noch in die Waagschale werfen, ohne zu sehr all die sehr guten Voten, die Sie gemacht haben, da meine ich sowohl kritische wie positive, zu stark zu wiederholen. Ich bin auch sehr dankbar für die kritischen Voten. Für den Fall, dass es hier als auch beim Kantonsrat und am Schluss beim Volk zu einem Ja kommt, sind solche kritischen Voten für mich, der nachher involviert sein wird in die weitere Arbeit, etwas, was ich gern aus dem Rucksack nehme, um zu zeigen, he, darauf müssen wir Rücksicht nehmen. Das sind die Fragen, die beantwortet sein wollen.

Worum geht es? Der Stadtrat legt Ihnen ein Kreditbegehren von 1,2 Mio. Franken vor für die Jahre 2016 bis 2018. Diese 1,2 Mio. Franken sind eine Investition in einen Pilotbetrieb eines innovativen Projekts. Wir wollen das Projekt bezüglich seiner Zukunftstauglichkeit auf Herz und Nieren prüfen. Das ist der Sinn der Pilotphase.

Warum engagieren wir uns seitens des Stadtrats für das Projekt? Wir sehen es als unsere Aufgabe an, zusammenzubringen, was gutes Leben ausmacht. Das ist unser Motto. Sie haben es heute in der Zeitung lesen können. Dazu gehören zum einen gute Lebensbedingungen für die Bevölkerung, dazu gehört Engagement für eine tragfähige Gemeinschaft und dazu gehören Rahmenbedingungen, die eine nachhaltige Entwicklung von Gewerbe und Industrie ermöglichen. Es freut mich sehr, dass über diese drei Aufgaben hier im Rat auch keine Uneinigkeit besteht, höchstens über die Mittel, die wir dafür einsetzen wollen. Was hat aber Agro Food Innovation Park mit dieser Aufgabe der Stadt zu tun? Agro Food Innovation Park schafft eben einen Rahmen für Entwicklungen im Land- und Ernährungsbereich, indem sie Tätigkeiten koordiniert und Räume schafft. Das ist das, womit die Pilotphase anfangen möchte. Der Agro Food Innovation Park trägt dazu bei, dass dank Ansiedelung von Forschung und Produktion attraktive Arbeitsplätze vor Ort entstehen und der Agro Food Innovation Park trägt dazu bei, und deshalb kann es gar nicht einen hundertprozentigen Ausfall geben, denn das werden wir nach drei Jahren im Minimum in der Hand halten, dass ein ganzes Stadtgebiet nicht einseitig nur monokulturmässig – nicht gerade monogam, aber mindestens monokulturmässig – orientiert wird, sondern eben ganzheitlich in einem Mix aus Wohnen, Arbeit, Forschung, Gastronomie und so weiter.

Natürlich stehen einige Fragen im Raum. Natürlich sage ich deshalb, weil wir Ihnen ja nicht die definitive Einführung dieses Projekts beantragen, sondern wir beantragen Ihnen den Pilot, gerade weil noch einige Fragen im Raum stehen. Einige Fragen, die Sie gestellt haben, die wir bereits beantwortet haben, einige Fragen, die Sie jetzt auch neu gestellt haben, vielleicht auch kritisch

moniert haben. Zum Beispiel die Frage der Steuererhöhung, da haben wir unterschiedliche Meinungen. Reden wir in gut einer Woche wieder darüber, dann können wir Ihnen das Budget präsentieren. Dass das jetzt nicht vorliegt, liegt an der Abfolge. Nichtsdestotrotz wollten wir Agro Food Innovation Park vorantreiben, damit es per 1. Januar 2016 starten kann. Ich kann Ihnen aber an dieser Stelle insofern etwas schon voraussagen, nämlich dass wir nicht Aufgaben streichen werden, damit wir Geld für Agro Food Innovation Park haben, und dass wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht die Steuern erhöhen werden, damit wir Geld für Agro Food Innovation Park haben. Das kann ich schon mal verraten. Aber vielmehr sei jetzt noch nicht gesagt. Lassen Sie sich in dem Sinn in einer Woche orientieren.

Wir wollen im Rahmen dieser dreijährigen Pilotphase konkrete Projekte entwickeln. Dafür dient sie. Uns ist klar, auch mir als neu in Frauenfeld Wohnhaftem, auch mir ist klar, dass es schon andere Projekte gab, Stefan Geiges hat diese angesprochen, Nukleus oder auch das Startup-Gebäude in der Walzmühle. Ganz klar, das haben wir auch in der GPK und an anderen Orten klargestellt. Es geht hier nicht um ein Startupnetzwerk. Das sind vielleicht 20 Prozent der Firmen, die vorgesehen wären, die neu gegründet werden. Es geht vielmehr um ein Netzwerk auch bestehender einerseits Firmen, andererseits Forschungsstätten. Gerade dieses Netzwerk, dieses Zusammenkommen ist es, was sowohl in der Wirtschaft als auch in der Forschung als auch in der Ernährungswirtschaft angemahnt wird, dass das fehlt. Deshalb sehen wir hier die Chance für Frauenfeld und für den Kanton Thurgau, etwas, was fehlt, was von verschiedenen Seiten als fehlend genannt wird, aufzubauen. Unter anderem hat dies der Pasta Premium Geschäftsführer gerade letzte Woche selber am Fernsehen Teletop in einer Diskussionsrunde gesagt. Auch aus der Ernährungswirtschaft kommen solche Stimmen. Deshalb sind wir nicht einfach im luftleeren Raum unterwegs, sondern sehr wohl sehr nahe an der Wirtschaft und an der Forschung. Ich nehme aber sehr gern mit, vielen Dank Benjamin Stricker für den Hinweis, dass wir das Netzwerk auch verbreitern sollen und dass wir auch die Nachhaltigkeit der Projekte vertiefen sollen. Das werde ich sehr gern einbringen, weil es auch mir selber ein Anliegen ist. Das kann ich an dieser Stelle sagen, das ist auch etwas von dem, was ich denke, es hat in den letzten zwölf Monaten unter einer vielleicht etwas anderen Dynamik gelitten, nämlich unter der Dynamik, nach Forschungsstätten und Internationalität, was der Bund gesagt hat, fehlt, Ausschau zu halten und das aufzubauen. Da hat man das andere etwas aus dem Fokus verloren. Das gilt es nachzuholen, das wird entscheidend sein.

Wenn uns das Funkeln fehlen sollte, dann liegt dies vielleicht an der gedämpften Beleuchtung. Ich auf jeden Fall bin gut motiviert. Ich nehme auch die Steuerungsgruppe als gut motiviert wahr. Wir haben ja gerade ein Zitat gehört von Benjamin Stricker, in welchem mein Vorgänger auch als sehr gut motiviert dargestellt wurde. Ich versuche, diesen Pace aufzunehmen und weiterzuführen.

In diesem Sinn, der Pilot soll aufzeigen, welche Projekte zukunftssträchtig sind, sodass Wirtschaft, Forschung und Investoren zusammenspannen und darum investieren wir 1,2 Mio. Franken und lösen weitere Investitionen von bis zu 5 Mio. Franken aus. Wir entwickeln dabei auch noch, und das ist ein Zusatznutzen für uns in Frauenfeld, der nicht zu unterschätzen ist, ein ganzes Stadtgebiet, ein Areal weiter. Ich denke, diese Investition von 1,2 Mio. Franken lohnt sich und ich danke Ihnen, wenn Sie dem zustimmen können.

## Abstimmung

Antrag 1: Der Antrag wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Antrag 2: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**Die Ratspräsidentin:** Gemäss Art. 32 der Gemeindeordnung unterliegt das Geschäft dem fakultativen Referendum. Wird das Behördenreferendum gewünscht?

**Gemeinderat Andreas Elliker:** Die Fraktion SVP/EDU wünscht das Behördenreferendum.

## Abstimmung über das Behördenreferendum

Für das Behördenreferendum sprechen sich 15 Mitglieder des Gemeinderats aus. Somit ist das Behördenreferendum zustande gekommen. Der Stadtrat wird somit beauftragt, eine Volksabstimmung vorzubereiten.

## 25

### **BOTSCHAFT AN DEN GEMEINDERAT; GEWÄHRUNG EINES NETTOKREDITS VON 1,7 MIO. FRANKEN AUS DER SPEZIALFINANZIERUNG KEHRICHTENTSORGUNG FÜR DIE UMSETZUNG EINES ABFALLENTSORGUNGSKONZEPTS MIT UNTERFLURCONTAINERN**

**Die Ratspräsidentin:** Es liegen Ihnen die Botschaft Nr. 1 des Stadtrats vom 18. August 2015 sowie das Protokoll der GPK Bau, Werke, Anlagen vom 7. Oktober 2015 vor. Erneut erfolgt erst die Eintretensdebatte, danach die materielle Beratung, bevor wir zur Abstimmung über die beiden Anträge auf Seite 9 der Botschaft kommen werden. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Der Rat erhebt keine Einwände.

## Eintreten

**Gemeinderat Michael Lerch, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen:** Die Geschäftsprüfungskommission hat sich an ihrer Sitzung vom 7. Oktober 2015 eingehend mit der Botschaft Nr. 1 befasst. Allgemein wurde in der GPK das transparente Vorgehen des Stadtrats begrüsst. Mit der Botschaft wurden viele offene Fragen im Zusammenhang mit der Einführung von Unterflurcontainern beantwortet. Wichtige Punkte der Botschaft sind:

Es soll ein Nettokredit von 1,7 Mio. Franken für die Erstellung von Unterflur- und Halbunterflurcontainern gesprochen werden. In Einfamilienhausquartieren wird zum Teil auch auf 800-Liter-Container gesetzt, weil Unterflurcontainer zu wenig beansprucht würden oder die Wege zu lang wären. Die Distanz zum nächsten Sammelpunkt kann sich von heute 80 bis 100 Meter auf neu maximal 250 Meter erhöhen. Das Projekt soll bis Ende 2020 schrittweise umgesetzt werden. Die heute bestehenden Standorte von 800-Liter-Containern sollen grundsätzlich weiter bestehen

bleiben. Die Container sollen so weit möglich und sinnvoll auf öffentlichem Grund platziert werden. Dies wird aber in zahlreichen Fällen nicht möglich sein. Das Eintreten auf diese Botschaft war in der GPK unbestritten.

**Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale:** Es lebe der Fortschritt! Der Stadtrat möchte die Stadt mit Unterflurcontainern ausrüsten. Es ist sehr löblich, dass er hierzu eine eigene Botschaft verfasst und sich nicht mit der simplen Erwähnung im Budget begnügt, was ja von den Summen her auch möglich gewesen wäre. Vielen Dank für dieses transparente Vorgehen. Wir sind für Eintreten.

**Gemeinderat Robert Zahnd, Referent der SVP/EDU-Fraktion:** Wir danken dem Stadtrat für die Transparenz und auch wir sind für Eintreten.

**Gemeinderat Christian Wälchli, Referent der CVP/EVP-Fraktion:** Die CVP/EVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

### Materielle Beratung

**Gemeinderat Michael Lerch, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen:** In der materiellen Beratung wurde in der GPK intensiv darüber diskutiert, ob die privaten Grundeigentümer finanziell entschädigt werden sollen, wenn auf ihrem Grundstück ein Unterflurcontainer realisiert wird. Gemäss Art. 9 Abs. 2 des städtischen Abfallreglements, welches durch unseren Rat im Herbst 2013, also vor ziemlich genau zwei Jahren verabschiedet wurde, ist festgehalten, dass private Eigentümer Sammelplätze auf ihrem Grundstück entschädigungslos zu dulden haben. Mehrere GPK-Mitglieder waren der Meinung, dass diese Regelung nicht für Unterflurcontainer gelten soll und diese Standorte entschädigt werden sollen. Der gestellte Antrag, dass eine Entschädigungspflicht eingeführt werden soll, wurde mit 3 Ja- zu 4 Nein-Stimmen abgelehnt. Einzelne Stimmen in der GPK fragten sich, ob die vorgeschlagene Lösung sinnvoll sei oder nur Luxus. Als klarer Vorteil der Unterflurcontainer wurde festgehalten, dass die Strassen und Plätze ordentlicher aussehen werden. Insbesondere dürften Kehrrietsäcke, welche durch Tiere aufgerissen werden und der Abfall in der Folge durch Tiere und den Wind weit herum verteilt wird, der Vergangenheit angehören. Somit entfallen die Säuberungsaktionen durch den Werkhof sowie durch Privatpersonen. Ebenfalls wurde die Möglichkeit der zeitlich unabhängigen Entsorgung für Kehrrietsäcke als positiver Punkt herausgestrichen. Auf dem Stadtgebiet sollen ca. 120 Unterflurcontainer errichtet werden. Dazu kommen noch zahlreiche 800-Liter-Container, welche bereits bestehen oder zum Teil noch dazukommen werden.

Der Bau der Unterflurcontainer wird durch den Verband KVA Thurgau bis ins Jahr 2024 mit 6'000 Franken pro Container unterstützt. Somit bleiben für die Stadt noch Kosten von 9'000 Franken für Halbunterflurcontainer bzw. ca. 14'000 Franken für einen Unterflurcontainer. In speziellen Situationen können die Kosten auch einiges höher liegen. Vom Stadtrat wurde uns versichert, dass die 1,7 Mio. Franken sicher ausreichen werden und es das Ziel sei, günstiger abzuschliessen. Der Betrag wird der Spezialfinanzierung Kehrrietsentsorgung entnommen. Diese war per 1. Januar 2015 mit 2,6 Mio. Franken geüffnet.

Die grössere Distanz zu den Containern, bisher 80 bis 100 Meter, neu bis zu 250 Meter, löste auch einige Fragen beziehungsweise kritische Voten aus. Wird die Bevölkerung den Abfall weiterhin zu Fuss entsorgen? Oder wird vermehrt das Auto genutzt? Ob, wenn das Auto genutzt

wird, dies im Rahmen von sogenannten Ohnehinfahrten, zum Beispiel Weg zur Arbeit oder im Rahmen einer Extrafahrt erfolgt, konnte von niemandem abschliessend beantwortet werden. Trotz aller kritischer Punkte, welche besprochen wurden, kam die GPK zu einem positiven Ergebnis. Die GPK stimmte den Anträgen 1 und 2 in der Botschaft Nr. 1 mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen deutlich zu und empfiehlt dem Gemeinderat, dasselbe zu tun.

**Gemeinderat Herbert Vetter, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaften/JUSO:** Auch unsere Fraktion hat gern eine saubere Stadt. Darum finden wir es richtig, wenn die Abfallsäcke von den Strassen verschwinden. Wo wir bei dem Projekt etwas Bedenken haben, ist die Tragdistanz zum nächsten Unterflurcontainer. Gerade für ältere oder sonst nicht so mobile Personen darf der Weg nicht zu weit sein. Wir erwarten von der Stadt, dass bei negativen Meldungen unbürokratisch gehandelt wird und entsprechend eine Lösung gesucht wird. Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns, dass an möglichst vielen Standorten ein weiterer Ausbau möglich sein sollte. Es sollte Platz für zukünftige Sammlungen wie zum Beispiel Plastik oder sonstige Stoffe vorhanden sein. Aufgrund der geäußerten Spezialfinanzierung ist es für uns sinnvoll, den beantragten Kredit für Verbesserungen zu investieren. Wir werden den Anträgen zustimmen.

**Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale:** Gerne nehme ich im Namen der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale materielle Stellung zu den Unterflurcontainern für 1,7 Mio. Franken. Diese Dinge bringen uns verschiedene Vorteile. Einige wurden schon genannt. Den Komfort ständiger Verfügbarkeit, es gibt künftig keine Mülltage mehr für die Frauenfelder Bürgerinnen und Bürger, ein Plus an Sauberkeit und Hygiene und eine effizientere Logistik für die KVA, die, so hoffen wir, langfristig auch die heutigen Kosten wieder einsparen lässt.

Das einzige grössere Problem sind die längeren Wege zu den Entsorgungsplätzen, von denen gesprochen wurde. Es kann sein, dass es einige Menschen dazu verleitet, ihren Müll mit dem Auto zu entsorgen. Wobei ist nicht ein Schelm, wer solches denkt? Auf eine solch abwegige Idee kommt doch eigentlich niemand. Unter dem Strich befürworten wir das Geschäft. Bei der Umsetzung erwarten wir,

1. dass Unterflurcontainer nur wo nötig und sinnvoll platziert werden. Im Zweifelsfall kann man auch einen grösseren Container benutzen.
2. dass Unterflurcontainer so weit möglich auf öffentlichem Grund installiert werden,
3. dass bei der Platzierung und Auswahl der Container auch ästhetische Aspekte mitberücksichtigt werden. Es gibt ja verschiedene Modelle, dass man auch ein schönes Modell auswählt. Denn dazu kommen wir heute Abend später nochmals, Strassen sind unser Lebensraum, das dürfen wir nicht vergessen.
4. dass allgemein gesunder Menschenverstand vorherrsche.

Wir haben volles Vertrauen zu den Mitarbeitenden des Werkhofs – der Chef sitzt im Saal – dass sie diesen Anforderungen gerecht werden.

Die Geschichte der Abfallentsorgung ist in zweifacher Hinsicht mit der Idee des Fortschritts verbunden. Erstens ermöglicht der technische Fortschritt immer bessere und immer sauberere Formen der Entsorgung. Mit den Unterflurcontainern stehen wir vor dem nächsten Schritt in dieser Entwicklung. Zweitens wächst mit dem Fortschritt die Menge des produzierten Abfalls. Der Abfall ist ein Produkt des Fortschritts. Das Ergebnis ist paradox. Wir produzieren immer mehr Abfall, sehen und riechen aber immer weniger davon. Man kann sich fragen, ob diese Entfremdung gesund oder eben auch nicht gesund ist. In diesem Sinn hoffe ich, dass wir, wenn wir künftig etwas längere Spaziergänge zu den Entsorgungsstellen in Kauf nehmen müssen, nicht

nur den Frauenfelder Stadtraum geniessen, sondern auch auf diesen maximal 250 Metern immer wieder mal über unsere Rolle als Abfallproduzenten nachdenken.

**Gemeinderat Robert Zahnd, Referent der SVP/EDU-Fraktion:** Für die Mehrheit der SVP/EDU-Fraktion überwiegen die Vorteile des Abfallkonzepts mit Unterflurcontainern. Auch wir begrüssen, dass der Kehrriech nun jederzeit entsorgt werden kann. Die längeren Wege zu den Containern sind sicher der grösste Nachteil in diesem Konzept. Nur Vorteile gibt es aber bei keiner Änderung. Wir haben aber Mühe damit, dass die Sammelplätze auf privatem Grund entschädigungslos geduldet werden müssen. Es ist nicht so, dass dieses System völlig immissionslos ist. Die Leute werfen den Kehrriech ein, die Lastwagen holen diesen ab. Ist der Container einmal voll, wird der Kehrriech sicher nicht mehr heimgenommen. Die Säcke werden einfach neben die Behälter gestellt. Die Stadt soll auch die optimalsten Plätze aussuchen können, die Eigentümer müssen das dulden. Es kann aber nicht sein, dass, wer sich besser wehren kann, den Platz nicht zur Verfügung stellen muss, dem Schwächeren wird er dann halt aufgezwungen. Wie weit neue Dienstbarkeiten ohne Entschädigung auf einem Grundstück geduldet werden müssen, können wir nicht beurteilen. Wir stellen folgenden Antrag: Bei den Anträgen bei der Botschaft wird ein dritter Punkt angefügt:

*3. Sammelplätze für Unterflur- oder Sammelcontainer auf privatem Grund werden entschädigt.*

Ob der Stadtrat mit diesem Antrag das Abfallreglement ändern oder die Entschädigungen mit einem Baurecht oder mit Dienstbarkeiten regeln will, ist ihm überlassen. Mit den Abfallgebühren hat die Stadt ein schönes Kässeli aufgebaut. Die Entschädigungen fallen für die vielleicht 50 Plätze nicht ins Gewicht.

Noch eine Frage an den Stadtrat: Wenn diese Unterflurcontainer einmal stehen, wird der Abhol- dienst von Kehrriech sicher günstiger. Werden dannzumal die Gebühren auch angepasst? Im Sinne einer Gleichbehandlung aller Einwohnerinnen und Einwohner bitten wir Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

**Die Ratspräsidentin:** Wir werden über diesen Antrag abstimmen, bevor wir über die beiden anderen Anträge abstimmen werden.

**Gemeinderat Christian Wälchli, Referent der CVP/EVP-Fraktion:** Die CVP/EVP-Fraktion hat die Botschaft rege diskutiert und sich intensiv damit auseinandergesetzt. Wer kennt sie nicht, die weissen Kehrriechsäcke auf dem Frauenfelder Stadtgebiet, welche sich um die orangen Schilder „Kehrriechsammelstelle“ sammeln? Leider ist die Ansammlung der Kehrriechsäcke nur allzu oft kein schöner Anblick. Oft werden die Säcke von Wildtieren aufgerissen und der Abfall liegt offen herum. Einmal abgesehen von den nicht gerade tollen Gerüchen entsteht dem Werkhof erheblicher Mehraufwand und damit verbunden auch höhere Kosten. Die Lösung mit Unterflur- und Halbunterflurcontainern kommt hier sicher sehr gelegen. Gute Erfahrungen haben ja bereits andere Städte wie Chur, Schaffhausen und St. Gallen gemacht. Wir von der CVP/EVP-Fraktion erachten die Lösung mit Unterflur- und Halbunterflurcontainern als sehr gut und unterstützen die Umsetzung des Abfallentsorgungskonzepts. Der Nutzen für die Einwohner und Einwohnerinnen, insbesondere der berufstätigen Bürger und Bürgerinnen, jederzeit den Kehrriech in den Unterflur- oder Halbunterflurcontainer entsorgen zu können, erachten wir als hoch. Die Distanz zu einem Kehrriechsammelplatz beträgt heute durchschnittlich 80 bis 100 Meter. Die Erhöhung der Distanz auf maximal 250 Meter nehmen wir zur Kenntnis. Sicher entstehen dadurch längere Wege, insbesondere für ältere Personen, welche ihren Kehrriech entsorgen müssen. Wir sind aber der Meinung, dass dieser Zustand lösbar ist und sich nicht gravierend auswirken wird. Trotzdem

ist auf diesen Punkt ein besonderes Augenmerk zu legen. Zudem gehen wir davon aus, dass bei der Wahl der Standorte für Unterflur- und Halbunterflurcontainer der Werkhof mit privaten Bodeneigentümern, auf deren Grund mögliche Standorte gebaut werden müssten, gute und für diese verträgliche Lösungen gefunden werden. Mehrheitlich ist unsere Fraktion auch für eine Entschädigung der Grundeigentümer. Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt einstimmig die beiden Anträge des Stadtrats.

**Gemeinderat Ernst Rüsi, Referent der FDP-Fraktion:** Unsere Fraktion erachtet die Investition gemäss Botschaft Nr. 1 vom 18. August 2015 "Gewährung eines Nettokredits über 1,7 Mio. Franken aus der Spezialfinanzierung Kehrichtentsorgung für die Umsetzung eines Abfallentsorgungskonzepts mit Unterflurcontainern" als gut. Der unterbreitete Antrag des Stadtrats zur Anschaffung von Halbunterflur-, Unterflur- sowie die Erhaltung der 800-Liter-Container – diese können auch noch vermehrt werden, wenn der Bedarf da ist – ist zeitgemäss und nachhaltig. Das Konzept macht ökologisch und ökonomisch Sinn. Wir werden künftig keine umherstehenden, aufgerissenen und vor sich hin stinkenden Abfallsäcke mehr vorfinden. In Chur, St. Gallen, Davos, Lugano, Schaffhausen und anderen Städten ist die Systemlösung mit Unterflurcontainern seit längerer Zeit mit grosser Anerkennung der Bevölkerung bereits in Betrieb.

Die Zielsetzung der Anschaffung ist: Unsere Stadt ist sauber. Sie ist jetzt schon sauber. Ich habe den Werkhofchef auch gesehen. Nicht dass er meint, es sei bis jetzt schmutzig gewesen. Sie soll aber noch sauberer werden durch diese Anschaffung. Der Abfall kann rund um die Uhr entsorgt werden. Entlastung des Beladepersonals sowie Benutzerfreundlichkeit bei der Entsorgung für unsere Bevölkerung.

Der Verband KVA Thurgau koordiniert, betreibt, unterhält und entleert die Unterflurcontainer. Der Verband KVA hat eine Anschubfinanzierung pro Halbunterflur- und Unterflurcontainer von 6'000 Franken bis ins Jahr 2024 zugesprochen. Die Umsetzung der flächendeckenden Realisierung in Frauenfeld soll bis Ende 2020 mehrheitlich erfolgt sein. Unsere Fraktion hat der Botschaft Nr. 1 mit einer Gegenstimme zugestimmt. Ich bitte die übrigen Gemeinderatsmitglieder, der Botschaft Nr. 1 respektive den Anträgen des Stadtrats, ebenfalls ihre Zustimmung zu erteilen.

**Gemeinderat Christoph Keller, Referent im eigenen Namen:** Wie wahrscheinlich wir alle freue auch ich mich immer wieder über die sehr gut und kundenfreundlich funktionierende Abfallentsorgung in unserer Stadt. Deshalb war ich überrascht, aus verschiedenen Zeitungsberichten und nun mittels vorliegender Botschaft zu erfahren, dass ein ziemlich grundlegender Systemwechsel geplant und eingeführt werden soll. Aus meiner Sicht beginnt hier definitiv die Vergoldung eines gut funktionierenden Systems. Folgende an dieser Stelle noch nicht erwähnte, Punkte stören mich unter anderem ebenfalls:

1. Der Kehrichtverband Thurgau entscheidet sich für ein System und empfiehlt es den Gemeinden, welche irgendwie in einen Zugzwang kommen. Müsste eine solche Strategie nicht vorgängig im Grossen Rat diskutiert werden?
2. Die immer wieder als Argumente aufgeführten Fuchs- und Rattenattacken auf bereits am Vorabend des Sammlungstags hinausgestellte Kehrichtsäcke sind doch eher selten und vor allem auf das nicht vorschriftsgemässe Verhalten von einem sehr kleinen Teil unserer städtischen Bevölkerung zurückzuführen. Wo kämen wir denn hin, wenn jedes Fehlverhalten der Bevölkerung mit so viel Geld verhindert oder korrigiert werden müsste?

3. Wir äufnen in der Spezialfinanzierung Kehrichtentsorgung scheinbar etwas gar viel Geld, das nun mit diesem fragwürdigen Projekt ausgegeben werden soll. Für das Wort „ausgeben“ kämen mir durchaus noch andere Wörter in den Sinn.

Ich bin durchaus dafür, dass man das aktuell gültige Kehrichtkonzept etwas anpassen und modernisieren könnte. So wären zum Beispiel einige quartierweise, zentral eingebaute Unterflurcontainer absolut ausreichend und würden den veränderten Lebens- und Arbeitsgewohnheiten der Bevölkerung völlig ausreichend Rechnung tragen. Wer unregelmässig arbeitet oder ferien- oder feiertagsbedingt einen Kehrichtengpass hat, könnte den im Quartier zentral gelegenen Unterflurcontainer durchaus benutzen. Abschliessend möchte ich noch anführen, dass es uns vielleicht auch gar nicht schadet, unseren Kehricht, den wir täglich produzieren, vor der Entsorgung noch einmal etwas anzuschauen. Die aus meiner Sicht recht gute Entsorgungsmoral unserer Bevölkerung wird mit dem vorliegenden Entsorgungskonzept überhaupt nicht verbessert, nur die Infrastruktur wird unnötig vergoldet. Deshalb lehne ich die vorliegende Botschaft ab und hoffe darauf, dass noch weitere Mitglieder des Gemeinderats sich diesen Gedanken anschliessen und mit Blick auf die unsichere Steuersituation sich mit einem Nein für „weniger ist mehr“ entscheiden.

**Gemeinderat Alex Blumer, Referent im eigenen Namen:** Die Spitex macht die Müllabfuhr. Der Abbau des Service public macht in Frauenfeld nicht Halt. Heute diskutieren wir über die Müllentsorgung der Haushalte, morgen ist es das Schneeschaukeln auf öffentlichen Wegen und in absehbarer Zeit muss die Bevölkerung den Rasen auf der Kleinen Allmend oder im Schwimmbad selber schneiden. Bei der heutigen Situation können die Einwohner von Frauenfeld den Hausmüll in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung bereitstellen. Als Ergänzung zu den aktuellen Sammelplätzen stehen jetzt schon ein paar Unterflurcontainer auf dem Stadtgebiet zur Verfügung. Dies begrüsse ich aus meiner Sicht sehr, ermöglicht es doch die zeitlich unabhängige Entsorgung meines Hausabfalls zum Beispiel bei bevorstehender Ferienabwesenheit und so weiter. Hingegen wird mit der kompletten Abdeckung durch Unterflur- bzw. Niederflurcontainern erwartet, dass eine Bringdistanz von ca. – ich betone zirka – 250 Metern akzeptiert werden muss. Dies würde bedeuten, dass in der Mitte zwischen dem Scharfen Egg und dem Staatsarchiv eine Abfallentsorgungsstelle zur Verfügung stehen würde. Bei 300 Metern könnte man sogar die gesamte Ringstrasse mit einem Container abdecken. Es ist eine einfache Rechnung. Um meinen Hausmüll zu entsorgen, wird erwartet, dass ich bis zu 500 Metern hin- und zurücklegen soll. Bei schnellem Schritt sind das etwa sieben bis acht Minuten. Dass dies zu diversem automobilen Mehrverkehr führt, denn Faulheit siegt, ist nur die eine Seite der Medaille. In Anbetracht der zukünftigen Altersdemografie wird der Gang zum Müllcontainer für eben die ältere Generation zu einem unüberwindbaren Hindernis – quasi ein Halbmarathon unter erhöhten Anforderungen. In der einen Hand den Gehstock und in der anderen den Abfallsack. Konnte bis dato jemand auf die Spitex verzichten, soll diese nun allein wegen der Müllentsorgung einspringen? Setzen Sie ein Zeichen, um dem schleichenden Abbau des Service public Einhalt zu gewähren und verwerfen Sie bitte diese Vorlage. Ich danke Ihnen speziell im Namen der älteren Generation.

**Stadtrat Urs Müller:** Besten Dank für Ihre Diskussion auch hier nochmals mit engagierten Voten. Zuerst freut es mich sehr, dass die Botschaft gut angekommen und das Thema weitgehend unbestritten ist. Auch freut es mich, dass Sie die Transparenz, die wir mit dieser Botschaft schaffen wollen, zur Kenntnis genommen haben, anstelle dass wir häppchenweise Unterflurcontainer ins jeweilige Budget nehmen. Die Strategie wird grundsätzlich von der KVA vorgegeben, dieser Zweckverband, zu welchem auch wir gehören, soll den Gemeinden dienen. Der Stadtrat sieht aber auch die überwiegenden Vorteile, weshalb wir Ihnen das Geschäft vorgelegt haben. Die gebietsweise Umsetzung wollen wir mit Augenmass und mit Einbezug der betroffenen Anwoh-

ner und Quartiervereine angehen. Ich kann auch sagen, dass das Pilotprojekt in Gerlikon gut aufgenommen wurde.

Zur viel diskutierten Distanz: Auch dieses Thema werden wir sicher im Auge behalten. Wir gehen aber auch davon aus, dass es zu Verhaltensänderungen kommen wird, wenn bei Bedarf entsorgt werden kann und man nicht mehr auf den Tag der Sammlung angewiesen ist. Beispielsweise können auch leichte 17-Litersäcke verwendet und gleich auf dem Gang zu einer Besorgung eingeworfen werden.

Zu Gemeinderat Keller: Ich denke nicht, dass der Grosse Rat dafür zuständig ist, die Abfallentsorgung ist Sache der Gemeinden. Ich habe es gesagt, wir gehören zum Zweckverband KVA Thurgau, wo diese Sache geregelt wird. Die Frage ist Vergoldung oder Fortschritt. Wir sehen viele Vorteile im System, deshalb schlagen wir es auch vor. Ich kann mir nicht vorstellen, wie es funktionieren soll, nur einzelne Unterflurcontainer zu setzen, wie auch von Gemeinderat Blumer vorgeschlagen. Dann müsste man ja anschreiben: „Bitte nur bei Ferien dort entsorgen“. Oder auch das System der Entsorgung. Es benötigt neue Lastwagen, die sowieso periodisch ersetzt werden. Die KVA wird entsprechende Fahrzeuge anschaffen und wenn auch noch das alte System betrieben wird, wird auch dies nicht funktionieren. Auch klarstellen möchte ich von wegen Steuererhöhung oder so etwas: Natürlich sind auch das unsere Gelder, das schleckt keine Geiss weg, aber wir reden nicht von Steuergeldern.

Zu Gemeinderat Blumer: Abbau von Service public und Spitex: Weil es eben im gesamten Gemeindeverbandsgebiet der KVA Thema ist, konnten Sie einige Medienberichte dazu lesen. Dabei hat sich auch die Spitex geäussert. Eine Vertreterin der Spitex hat sich positiv zum System geäussert. Ich gehe davon aus, dass die Spitex allenfalls gleich einen kleinen Abfallsack mitnehmen kann oder muss – wie auch immer. Ich habe es gesagt, es wird Verhaltensänderungen geben.

Die gebrachten Beispiele mit der Distanz hier in der Altstadt beispielsweise oder bis zum Soldatendenkmal sind nicht tauglich. Wir werden selbstverständlich dort, wo es aufgrund der dichteren Besiedlung mehr Unterflurcontainer benötigt, auch entsprechend reagieren. Das ist logischerweise so vorgesehen.

Zur Frage der Gebührenanpassung von Gemeinderat Zahnd: Ich kann Ihnen versichern, wenn Sie dem System zustimmen und wir das umgesetzt haben, gehen einerseits die KVA und andererseits auch wir davon aus, dass Einsparungen möglich sind. Diese werden wir selbstverständlich auch beim Tarif entsprechend berücksichtigen. Ich glaube, wir haben das beste Beispiel dazu gegeben, auch wenn die Spezialfinanzierung im Moment immer noch gut geäufnet ist. Ihr Rat hat am 18. September 2013 dem neuen Abfallreglement zugestimmt und dabei gleich auch den Tarif massgeblich gesenkt.

Nun noch zum Antrag von Gemeinderat Zahnd: Wie ich es bereits in der GPK gesagt habe, wenn wir auf einen privaten Standort ausweichen müssen, denke ich nicht, dass die Bezahlung einer Entschädigung für die Dienstbarkeit der ausschlaggebende Grund sein wird. Vielmehr wird es darum gehen, den Eigentümer von der guten Sache zu überzeugen und auch bei baulichen Anpassungen entgegenzukommen. Schliesslich haben wir eine Rechtsgrundlage im Abfallreglement Art. 9 für das entschädigungslose Dulden von Sammelstellen. Wie gesagt hat Ihr Rat erst kürzlich darüber befunden. Es geht aber bei dieser Frage auch darum, ob solche Leistungen respektive das Dulden für die Gemeinschaft entschädigt werden sollen oder nicht. Es gäbe dann ja noch andere Beispiele. Es gibt Beispiele, wo Entschädigungen fliessen. Es gibt aber sehr viele Fälle, wo dann schon die Frage kommt, wenn wir hier Entschädigungen zahlen, schaffen wir

dann nicht ein Präjudiz für andere Gelegenheiten? Im Weiteren möchte ich auch hier – auch wenn es insgesamt innerhalb dieser 1,7 Mio. Franken ein kleiner Betrag wäre, da gebe ich Ihnen, Gemeinderat Zahnd Recht – aber trotzdem unsere Sparbemühungen auch in diesem Fall betonen. Schliesslich ist dieser Punkt für das Thema aber sicher nicht der matchentscheidende Punkt. Wichtig, auch das wurde in der GPK diskutiert, ist eine einheitliche Regelung und somit Gleichbehandlung von allem Anfang an. Daher bin ich froh, wenn Ihr Rat zu diesem Punkt auch noch Klarheit schafft. Trotzdem bitte ich Sie, aufgrund des Gesagten den Antrag von Gemeinderat Zahnd abzulehnen. Jedoch, ich sage das offen, diesen Antrag bekämpfe ich nicht mit einem Funkeln in den Augen.

**Gemeinderat Marcel Epper, Referent im eigenen Namen:** Ich bitte Sie, den Antrag von Gemeinderat Zahnd abzulehnen, und zwar aus folgenden Gründen: Einerseits in Ergänzung der Ausführung, die Stadtrat Urs Müller bereits gemacht hat. Ich denke, dass ja vom Prinzip ausgegangen werden kann, dass der Werkhof wo immer möglich die Flurcontainer auf öffentlichem Grund erstellen wird. Dort, wo es nicht möglich ist und privater Grund gebraucht werden wird, wird dies in Absprache mit den Grundeigentümern stattfinden. Man kann davon ausgehen, dass nicht in einem einzigen Fall zukünftig ein Grundeigentümer gezwungen werden wird, dass er auf seinem Grund und Boden einen solchen Sammelplatz dulden muss. Davon ausgehend denke ich, dass aber der Grundeigentümer ein Interesse daran hat, in Absprache mit dem Werkhof diesen Platz in einer Art und Weise zu finden, einerseits räumlich, andererseits gestalterisch, dass ein Grundeigentümer stärker davon profitiert, wenn er in Absprache mit dem Werkhof dann diese Gestaltung so machen kann, dass der Werkhof das für ihn ausführt. Dieser Nutzen, den er dann hat, ist deutlich grösser als die Entschädigung, die er allenfalls bekäme, wenn es über eine Dienstbarkeit geregelt würde. Wir reden hier vielleicht von 300 bis 500 Franken, die er einmalig ausbezahlt erhielte, aber dann bin ich schon der Meinung, wenn entschädigt wird, ist es auf der anderen Seite Sache des Grundeigentümers, selber für die gestalterischen, für die baulichen Elemente zu sorgen, die das dann auch visuell sauber darstellen. Ich glaube, die Stadt Frauenfeld und auch der Werkhof haben in anderen Gebieten schon mehrfach gezeigt, dass hier die Absprache mit dem Grundeigentümer gerade für den Grundeigentümer deutlich wertvoller ist, als eine Entschädigung von ein paar wenigen Hundert Franken zu bekommen.

Zum Zweiten: Ich habe schon auch etwas Mühe mit dem Antrag von Gemeinderat Zahnd. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit das Abfallgesetz beraten und verabschiedet. Dort haben wir – und auch die Fraktion SVP – diesem Art. 9 Abs. 2 zugestimmt. Dort steht unmissverständlich, private Eigentümer haben die Sammelplätze auf dem Grundstück entschädigungslos zu dulden. Jetzt muss ich annehmen, dass entweder Gemeinderat Zahnd diese Bestimmung nicht gelesen oder nicht verstanden hat oder sich erst jetzt darüber Gedanken gemacht hat. Aber hier im Nachhinein hinzugehen und diese Bestimmung nun einfach obsolet zu erklären und die Entschädigung zu fordern, geht meiner Ansicht nach nicht. Ich bitte Sie daher, den Antrag abzulehnen.

**Gemeinderat Stefan Geiges:** Ich melde mich aus dem Grund zu Wort, weil ich mich im Vorgang zu dieser Gemeinderatssitzung für eine Entschädigung ausgesprochen habe. Ich habe aber meine Meinung heute während der Sitzung geändert und werde den Antrag der SVP/EDU-Fraktion nicht unterstützen.

Begründung: Wie Sie wissen, bin ich hier in Frauenfeld Bauunternehmer und ich weiss, wie so etwas in Frauenfeld abläuft. Die Zuständigen vom Tiefbauamt und vom Werkhof suchen eine Lösung mit den Eigentümern. Sie suchen diese Lösung grosszügig, sie tun ihnen auch einen Gefallen, sie machen es so, wie man mit unserer Bevölkerung umgeht. Und es ist wirklich so, dies

bringt dem Landbesitzer mehr, als wenn man ihm, 500 Franken gibt, denn der, welcher in einem teuren Gebiet wohnt, will dann 10'000 Franken, der andere will 5'000 Franken. Ich glaube, es gibt keine faire Entschädigung für so etwas. Aber so, wie es momentan in dieser Stadt gemacht wird, ist es wohl der richtige Weg. Aus diesem Grund lehne ich den Antrag der SVP/EDU-Fraktion ab.

### **Abstimmung Antrag Zahnd**

Antrag Robert Zahnd: Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung (bei 36 Anwesenden) abgelehnt.

### **Abstimmung über die Anträge der Botschaft**

Antrag 1: Der Antrag wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Antrag 2: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**Die Ratspräsidentin:** Auch dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum gemäss Art. 32 der Gemeindeordnung. Wird das Behördenreferendum gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Referendumsfrist beginnt somit für die Stimmberechtigten am 21. Oktober 2015 und dauert bis zum 7. Dezember 2015 (45 Tage).

26

### **BOTSCHAFT AN DEN GEMEINDERAT; BERICHT „KONZEPT FÜR EINE EINBAHN-VERKEHRSFÜHRUNG IN DER FRAUENFELDER INNENSTADT“**

**Die Ratspräsidentin:** Sie haben die Botschaft Nr. 5 des Stadtrats vom 15. September 2015 sowie das Protokoll der GPK Bau, Werke, Anlagen vom 7. Oktober 2015 zur Verfügung. Ich erteile das Wort zuerst einem der Motionäre, anschliessend dem Sprecher der GPK. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Der Rat erhebt keine Einwände.

**Gemeinderat Stefan Geiges, Referent im Namen der Motionäre:** Im Namen der Motionäre bedanken wir uns beim Stadtrat für die Botschaft und vor allem für die offene und faire Diskussion. Besonders bedanken wir uns aber bei Ihnen, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, dass Sie uns unterstützt haben. Herzlichen Dank!

Der Stadtrat hat keine Kosten und Aufwand gescheut um hier eine saubere Grundlage für die Diskussion zu schaffen. Bemerkungen wie, dass wir Kosten von 60'000 Franken verursacht haben, stören. Die Verwaltung und der Stadtrat haben diesen Auftrag von uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäte erhalten. Dies als kleine Nebenbemerkung. Die Hierarchie in unserem Staats-

system muss ich hier nicht ausführen. Man könnte sagen, alles im grünen Bereich! – Sie kennen mich, so einfach geht es ja nicht.

Die Grundlagen, die Sie vor sich haben könnte man auch anders interpretieren. Ein Einbahnsystem ergibt Mehrkilometer und Mehrfahrzeiten, da herrscht Einigkeit. Was die Umsetzung betrifft, da wird einzig klar, dass es nicht so leicht anzuwenden ist, wie viele, und vor allem wir Motionäre, es angedacht haben.

Die Umsetzung, dass zwei durchgehende Spuren durch Frauenfeld führen, ist möglich. Das können Sie mir als Strassenbauer glauben. Aber der Preis ist ein Vielfaches von den erwarteten Kosten.

Zur Erklärung: Die Umfahrungsstrasse West ist mit 250 Mio. Franken budgetiert. Die Umsetzung des Einbahnsystems ist nicht getan mit dem Aufstellen von Verkehrstafeln. Um das Einbahnsystem aber wirklich 2-spurig durchzuziehen, müsste man jetzt richtig Geld investieren. So zum Beispiel müsste der unterirdische Kreisel umgebaut werden. Dies kostet Beträge in Millionenhöhe, aber bei weitem nicht im Kostenbereich der Umfahrungsstrasse West, wäre aber zeitlich umsetzbar in zwei bis drei Jahren. Dass der Aufwand jetzt grösser wird, ist kein Grund, dass es nicht geht.

Damit sind wir beim Punkt. Die Exekutive hat sich mit dem Richtplan die Aufgabe gegeben, Frauenfeld vom Verkehr zu entlasten. Und damit der Stadtrat diese Aufgabe wahrnimmt, helfen wir etwas nach.

Zuerst haben wir den Lindenspitz angepackt und jetzt die Einbahn. Beides wurde aufbereitet von der Verwaltung. Leider hat der Stadtrat den Faden nicht aufgenommen. Nichts mitgenommen, nicht daraus gelernt und fast nichts angepackt. (Kleines Einbahnsystem ausgenommen) Hier kann ich nur sagen: Schade!

Wir sind überzeugt, dass es Möglichkeiten gibt, um den Richtplanforderungen gerecht zu werden und dies vor 2030. Leider erhalten wir immer einen Korb, aber wir bleiben dran!

Auf das Mobilitätskonzept sind wir gespannt und hoffen, dass dies nicht nur ein Papiertiger ist! Mit diesen Bemerkungen nehmen wir als Motionäre den Bericht zur Kenntnis! Besten Dank

**Gemeinderat Philipp Geuggis, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen:** Die GPK Bau, Werke, Anlagen hat die Beantwortung der Motion "Konzept für eine Einbahnverkehrsführung in der Frauenfelder Innenstadt" durch den Stadtrat sowie die beiden zur Verfügung gestellten Berichte anlässlich ihrer Sitzung vom 7. Oktober 2015 behandelt. Die Verfasser der beiden Fachberichte, Herr Paul Widmer und Frau Deborah von Wartburg, standen den Mitgliedern der GPK für die Beantwortung der Fragen zur Verfügung. Die GPK stellte fest, dass der durch die Motion erteilte Auftrag mit den zwei Fachberichten erfüllt wurde. Weil beide Berichte zwar ausführlich, trotzdem leicht verständlich formuliert sind, tauchten keine Verständnisfragen auf. Die Experten wurden befragt, ob auch andere Einbahnringe geprüft worden seien und ob ein Einbahnringkonzept für Frauenfeld grundsätzlich untauglich wäre. Beide Fragen wurden verneint. Das heisst, es wurden keine anderen Einbahnringe geprüft, sodass ein Einbahnringkonzept auch nicht kategorisch ausgeschlossen werden kann. Beide Berichte zeigten allerdings auf, dass ein Einbahnringkonzept in Frauenfeld schwierig umzusetzen wäre, respektive schwerwiegende Nachteile bringen würde. Die GPK Bau, Werke, Anlagen nimmt die beiden Fachberichte zum Konzept für eine Einbahnverkehrsführung in der Frauenfelder Innenstadt zur Kenntnis.

**Gemeinderat Andreas Elliker, Referent der Fraktion SVP/EDU:** Unsere Fraktion nimmt diesen Bericht zur Kenntnis. Wir danken Stadtrat Urs Müller und seinem Team für die ausführliche Prüfung eines Einbahnkonzepts. Die Zusammenarbeit mit den Motionären war sehr offen und transparent. Die Stadt hat ihre Hausaufgaben gemacht. Die beiden Fachberichte kamen zum Schluss, dass vom Einbahnkonzept zur Ist-Situation sich nicht etwas gesamthaft verbessert. Wir freuen uns auf das Mobilitätskonzept 2030 des Stadtrats. Wir hoffen aber, dass möglichst rasch eine zentrumsnahe, umsetzbare Verkehrslösung ausgearbeitet wird und wir werden uns dafür einsetzen.

**Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale:** Wir möchten uns ganz herzlich für die Arbeit bedanken. Wir sind froh und es ist richtig, wenn der Gemeinderat sich auf diesem Weg nach Bedarf und wenn sinnvoll gezielt über eine bestimmte Frage informieren kann. Unserer Meinung nach erfüllt der Bericht das Anliegen der Motion Geiges/Elliker/Hodel. Die Vor- und Nachteile grossräumiger Einbahnringe, insbesondere des Vorschlags der Motionäre sind verständlich dargelegt. Neben einigen Vorteilen vor allem für die Vorstadt überwiegen leider die Nachteile. Insbesondere die Umwegfahrten fallen ins Gewicht. Das Problem der Umwegfahrten kennen wir ja bereits aus dem Zusammenhang von Entlastungsstrassen und Entlastungstunnels. Trotzdem sind wir froh um die Klarheit. Jetzt gilt es, weiterzudenken. Dabei müssen nicht immer technisch gedachte Gesamtlösungen im Vordergrund stehen. Vielleicht ist es sinnvoller, Strassenabschnitt um Strassenabschnitt auf Verbesserungspotenzial auch im Kleinen zu prüfen. Wichtig ist, die Bedürfnisse des Menschen in allen seinen Ausprägungen, also nicht nur die Bedürfnisse des Automobilisten, in den Mittelpunkt zu stellen. Liebe Freundinnen und Freunde der Stadt Frauenfeld, Strassen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen, was heisst das? Wir müssen fragen: Wie lässt sich die Aufenthaltsqualität erhöhen? Wie kann man die Strasse besser für den Fuss- und Veloverkehr nutzen? Wie können wir den Wert der angrenzenden Liegenschaften erhalten oder steigern? Was nützt dem örtlichen Gewerbe? Wie entsteht ein Austausch, der unser soziales Gefüge stärkt und damit die Sozialkosten senkt? Wie schaffen wir es, ein Gefühl der Gemeinschaft zu erzeugen? Wie können wir unseren Strassenraum auch optisch, ästhetisch verschönern? Aber natürlich auch: Wie lässt sich der Verkehrsfluss im motorisierten Verkehr optimieren? Und ganz wichtig: Wie lässt sich die Sicherheit auf den Strassen erhöhen?

Mögliche Massnahmen für eine menschengerechte Verbesserung oder Umgestaltung der Strassen sind hinlänglich bekannt. Bepflanzungen, Temporeduktionen. Temporeduktionen, man lasse sich das Wort einmal im Mund zergehen. Entfernen der Mittelstriche, breitere Trottoirs, gezielte Sperrungen, eine anspruchsvolle architektonische Gestaltung des Strassenraums, auch eine ansprechende Gestaltung der Fassaden der ganzen Strassenzüge, Velostreifen und last but not least natürlich die Frauenfelder Farbpunkte, wie wir sie auf der Freie Strasse haben.

Wir freuen uns darauf, am liebsten heute schon, mit der Umgestaltung unserer Strassen zu beginnen. Das angekündigte Verkehrskonzept, aber auch die bestehenden Richtpläne Siedlung und Verkehr geben uns die nötigen Grundlagen dazu. Das Beispiel der Altstadt zeigt, wie viel nur schon eine kleine Kompromissmassnahme bewirken kann, was für einen guten Impuls das setzen kann. Wir brauchen lebenswerte Strassen, Strassen für den Menschen. Lasst es uns tun!

**Gemeinderat Marcel Epper, Referent der CVP/EVP-Fraktion:** Es ist kein Geheimnis, dass sich unsere Fraktion ein Ergebnis gewünscht hätte, welches die Weiterverfolgung des Einbahnkonzepts in der vorliegenden Form, wie es vom Motionär vorgetragen wurde, ermöglicht hätte. Leider sind die Fachberichte in ihren Schlussfolgerungen anderer Meinung. Das von den Motionären vorgeschlagene Einbahnkonzept in der vorgestellten Form eines Einbahnringes bringt zu

viele Nachteile mit sich und ist folglich nicht in dieser Form umsetzbar. Gestützt darauf ist es nachvollziehbar, dass dieses Konzept vom Stadtrat nicht weiterverfolgt wird. Dennoch wurden nach unserer Ansicht durch die Erheblicherklärung der Motion wertvolle Grundlagen mit diesen Fachberichten erarbeitet. Anstatt wie bis anhin spekulative Diskussionen liegen heute sachliche Berichte zu diesem Thema Einbahnsystem vor, auf denen aufgebaut werden kann. Diese Versachlichung der Diskussion rund um das Thema Verkehr öffnet vielleicht die Tür für eine mehrheitsfähige Lösung. Somit ist sicher die Aufgabenstellung der Motion erfüllt.

Als weiteres Ergebnis der Fachbeurteilung ist Folgendes festzuhalten: Im Rahmen der zukünftigen Verkehrskonzeption bleibt es möglich, zumindest punktuell einzelne Einbahnsysteme umzusetzen. Dort, wo es Sinn macht, sollen zumindest einzelne Strassen als Einbahn geführt werden können, um hier den Verkehr gezielt und vernünftig zu lenken. Sie haben es selber nachlesen können, reden wir von Einbahnsystem und Einbahnring und das sind unterschiedliche Bedürfnisse. Klar ist, dass wir nicht warten dürfen, bis der Verkehrskollaps eines Tages tatsächlich dann eintritt, was Gott sei Dank heute ja noch nicht der Fall ist. Sondern wir müssen heute bereits nach einer Lösung suchen, um die zukünftigen Verkehrsprobleme rechtzeitig und vorausschauend an die Hand zu nehmen. In diesem Zusammenhang erwartet unsere Fraktion mit Spannung und Interesse das stadträtliche Konzept Mobilität 2030, auch wenn zumindest nach meiner vorläufigen Beurteilung hier ja nicht das Ei des Columbus gefunden worden ist, sondern eben hier Schritt um Schritt mühselig der richtige Weg erarbeitet werden muss. Klar ist aber auch und das ist vielleicht das Grundproblem, dass eine konzeptionelle Gesamtlösung immer mit Vor- und Nachteilen für einzelne Strassen und Quartiere verbunden bleiben wird. Solange der Leidensdruck und damit die Bereitschaft, auch einzelne Nachteile für sich selbst zu seinen eigenen Lasten an seiner Strasse zu akzeptieren, hier in Frauenfeld nicht wächst und grösser wird, wird die Umsetzung immer von Einzelinteressen torpediert und bekämpft werden und entsprechend wird es schwierig werden, hier eine Gesamtlösung tatsächlich auch umzusetzen. Es wäre schön, wenn das Gemeinwohl von Frauenfeld hier wieder mehr in den Vordergrund treten würde. Im Sinne des Gesagten hat unsere Fraktion die zwei Fachberichte zur Kenntnis genommen.

**Gemeinderat Herbert Vetter, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaften/JUSO:** Auch unsere Fraktion hat die beiden Fachberichte studiert und kommt zum gleichen Schluss wie der Stadtrat, dass von einer Weiterverfolgung des Einbahnkonzepts abgesehen werden soll. Es wäre zu schön gewesen, wenn die Einbahnverkehrsführung das Ei des Columbus gewesen wäre. Aber leider ist es das nicht. Aus rein fachlicher Beurteilung klappt es nicht. Es würde eine Verschlechterung des Langsam-, des Velo- aber auch des öffentlichen Verkehrs bedeuten. Im Weiteren sind lange Umwegfahrten auch aus ökologischer Sicht schlecht. Ausser die langen Umwegfahrten hätten den einen oder den anderen dazu bewogen, auf das Velo umzusteigen. Das wäre dann doch noch etwas Positives gewesen. Dass zwei unabhängige Berichte vorgelegt wurden, finden wir gut, auch wenn es etwas mehr gekostet hat. Auch wir sind nun gespannt, wie das vom Stadtrat präsentierte Konzept Mobilität 2030 aussieht und vielleicht ist es ja dann das Ei des Columbus.

**Gemeinderat Sandro Erne, Referent der Fraktion FDP:** Die Mitglieder der Fraktion FDP haben den Bericht des Stadtrats über eine mögliche Einbahnverkehrsführung in der Innenstadt studiert und diskutiert. Die Vor- und Nachteile können aus den sauber verfassten Fachberichten entnommen werden. Dennoch möchten wir auf einige Punkte speziell hinweisen.

Beide Fachberichte empfehlen das Konzept zur Ablehnung, da es nebst einigen zwar möglichen Entlastungen zu massiven Mehrbelastungen in anderen Strassenabschnitten kommen würde. Schlechtere Bedingungen für Nutzer des öffentlichen Verkehrs und für die Velofahrer, Umweg-

fahrten mit damit verbundener Verlängerung der Reisezeit und teils nötige Wiedereinführung des Schwerverkehrs sind weitere Punkte, die zu dieser Entscheidung führten. Eine Rettungsgasse insbesondere auf der Ringstrasse für Blaulichtorganisationen könnte nicht gebildet werden. Neue Lichtsignale wären ein Rückschritt gegenüber dem heutigen Kreiselsystem, die Altstadt würde als Schleichweg genutzt werden, um von der St. Gallerstrasse her in Richtung Kurzdorf zu gelangen. Die Fachberichte bestätigen, dass eine Entlastung nur stattfinden kann, wenn eine neue Nordsüdverbindung entsteht und diese somit für die Zukunft unabdingbar ist. Die Fraktion FDP nimmt den Bericht "Konzept für eine Einbahnverkehrsführung in der Frauenfelder Innenstadt" zu Kenntnis.

**Gemeinderat Benjamin Stricker, Referent im eigenen Namen:** Der Stadtrat verfolgt eine Einbahnlösung nicht weiter. Diesen nachvollziehbar gemachten Entscheidung begrüße ich. Positiv am geprüften Ansatz hervorheben möchte ich das meines Erachtens berechnete Vertrauen darauf, dass es kostenwirksame Lösungen für unsere punktuellen verkehrstechnischen Ärgernisse gibt. Der Stadtrat aber zieht aus den Fachberichten den Schluss, dass eine Stadtentlastung in Form einer Umfahrung unabdingbar sei. In den langen Planungsjahren aber entstanden früher oder später für eine solche Lösung alle Signale auf Rot. Es ist deshalb intelligenter, entsprechend dem heute diskutierten Ansatz andere, aber funktionierende Wege aus der Misere zu suchen. Wir sollten jetzt für die Planung teurer Tunnelabenteuer nicht trotzdem weiter Geld verlocken.

**Stadtrat Urs Müller:** Besten Dank für Ihre Voten. Es geht heute um die Kenntnisnahme der von Ihnen geforderten Berichte. Am 14. Januar 2015 hat Ihr Rat auf Antrag des Stadtrats die Motion erheblich erklärt. Es sollte das Thema Einbahnkonzept für Frauenfeld vertieft geklärt werden. Sie wissen, es gab bereits Untersuchungen anlässlich der Erarbeitung des Richtplans Siedlung und Verkehr, aber nicht in dieser Tiefe.

Die Motionäre wurden in die Arbeit eingebunden, der Kanton war Mitauftraggeber. Bereits in der ersten Sitzung mussten im Einvernehmen mit den Motionären Korrekturen am vorgeschlagenen Konzept angebracht werden und es wurden Kriterien für die Bewertung der Resultate festgelegt.

Aufgrund vorangegangener Vorstösse und unterschwellig genanntem Misstrauen wurde neben dem Ingenieurbüro, welches das Verkehrsmodell betreut, ein zweites hinzugezogen. Dieses hatte den Auftrag, die Ergebnisse zu plausibilisieren, deshalb die beiden Berichte.

Kosten: Ich hatte Ihnen bereits bei der Erheblicherklärung die zu erwartenden Kosten genannt. Diese betragen 56'519 Franken ohne interne Aufwendungen und davon übernimmt der Kanton die Hälfte. Gemeinderat Geiges, wir haben nie einen Vorwurf gemacht betreffend Kosten. Sicher nicht. Wir haben aber darauf hingewiesen, dass die Untersuchungen etwas kosten werden im Hinblick auf die Sparbemühungen Ihres Rats.

Der Stadtrat musste in seiner Botschaft gar keine politische Wertung vornehmen, die Resultate und das Fazit der beiden Berichte sind eindeutig. Jedermann kann sich davon selbst überzeugen, die Berichte sind auf der städtischen Homepage unter Botschaften des Gemeinderats öffentlich zugänglich.

Wir sind nicht untätig geblieben, wie das uns vor allem von Gemeinderat Geiges immer wieder vorgeworfen wird. Wir werden in Kürze das Mobilitätskonzept Mobilität 2030 vorstellen und auch einer öffentlichen Vernehmlassung unterstellen. Der Stadtrat hat aber auch schon wiederholt Vorschläge präsentiert und seinen Willen zur Umsetzung von Massnahmen bekräftigt, ist

aber teilweise an verschiedenen Widerständen vorerst gescheitert. Ich erinnere an die Einbahnthematik in der Vorstadt/Ringstrasse. Die Begegnungszone in der Innenstadt aber beispielsweise läuft im Versuchsbetrieb. Ich bedanke mich deshalb vor allem bei Gemeinderat Geiges für die Nachhilfe – in, welchem Sinn auch immer zu verstehen – und schätze Sie auch, Gemeinderat Geiges, als Sparringspartner in dieser Funktion. Vielleicht gilt es aber auch einfach einmal von Ihnen, klare Ergebnisse anzuerkennen und zur Kenntnis zu nehmen, dass es das Verkehrsproblem – sie wissen, für jedermann ist es wieder ein anderes Problem – nicht gibt und somit auch nicht die Lösung. Wir bleiben dran, das Mobilitätskonzept wird bald folgen. Es kann nicht sein, dass wir jetzt einfach blindlings drauflosgehen. Ich teile Ihre Auffassung nicht, dass wir in zwei, drei Jahren ein durchgehendes Einbahnsystem hätten. Sie wissen, was wir dann alles zu tun hätten. Wir müssen zuerst den Richtplan anpassen, es gibt verschiedene Verfahren, Auf-lageverfahren usw. wir können nicht einfach drauflosbauen. Es gibt Verfahren, die dauern ihre Zeit. Ich glaube also nicht, dass dies der richtige Weg ist. Ich glaube auch nicht, dass wir so draufloschlagen sollten, sondern in dieser Situation, in welcher wir stecken, heisst es, besonnen zu bleiben und Schritt für Schritt zu gehen, wie es auch Gemeinderat Epper gesagt hat. Und das wollen wir mit dem Mobilitätskonzept tun.

**Die Ratspräsidentin:** Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, ist die Botschaft "Bericht Konzept für eine Einbahnverkehrsführung in der Frauenfelder Innenstadt" zur Kenntnis genommen worden.

**27**

## **BOTSCHAFT AN DEN GEMEINDERAT; ANPASSUNG DER TARIFE IM ALTERSZENTRUM PARK PER 1. JANUAR 2016**

**Die Ratspräsidentin:** Die Botschaft Nr. 2 vom 1. September 2015 liegt uns vor sowie das Protokoll der GPK Gesellschaft und Gesundheit vom 14. September 2015. Wie gewohnt beginnen wir mit der Eintretensdebatte, darauf die materielle Beratung, damit wir zu guter Letzt über die Anträge auf Seite 11 abstimmen können. Sind Sie damit einverstanden? – Keine Einwände seitens des Gemeinderats.

### **Eintreten**

**Gemeinderat Michael Hefti, Referent der GPK Gesellschaft und Gesundheit:** Wir sind einstimmig für Eintreten.

**Gemeinderat Pascal Frey, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaften/JUSO:** Ich agiere in diesem Geschäft als Sprachrohr von Lukas Hefti, spreche aber trotzdem im Namen unserer Fraktion. Unsere Fraktion ist für Eintreten. Wir möchten aber die Aussage von Stadträtin Aepli aus der GPK-Sitzung aufgreifen und zu bedenken geben, dass der Gemeinderat, falls Tarifierungen jährlich gemacht werden müssten, allenfalls nicht das geeignete Gremium dafür ist.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

## **Materielle Beratung**

**Gemeinderat Michael Hefti, Referent der GPK Gesellschaft und Gesundheit:** Die Notwendigkeit für die Erhöhung der Preise wurde uns in der GPK-Sitzung durch die Stadträtin und den neuen Leiter des AZP plausibel erläutert. Die Botschaft liefert aus unserer Sicht ausserdem die nötigen Informationen, um nachvollziehen zu können, dass höhere Einnahmen unabdingbar sind. Unsere Kommission beschloss nach eingehender Diskussion, den Tariferhöhungen zuzustimmen und empfiehlt Ihnen die Vorlage zur Annahme.

Ich beschränke mich in meinem folgenden Votum auf einige Kernpunkte und wenige Ergänzungen aus der GPK.

Bereits sehr früh gingen die Stadträtin und der neue Zentrumsleiter an die Budgetierung für 2016. Ausserdem wurde und wird eine Analyse der Kostenrechnung für den ganzen Betrieb gemacht. Die Überprüfung wird mit grosser Wahrscheinlichkeit auch Anpassungen bei den Tarifen 2017 auslösen. In der GPK wurde ausführlich erklärt, wie die Erhöhungen der Tarife begründet sind. Bei den Pensionspreisen ist die Erhöhung unumgänglich, wenn wir die Finanzlage des AZP längerfristig gesund halten wollen. Auf der Ausgabenseite wurden bereits Sparmöglichkeiten angepackt. Um aber in Zukunft den Unterhalt zu gewährleisten und notwendige Investitionen tätigen zu können, braucht es diese Erhöhung der Pensionspreise.

Die Erhöhung der Betreuungspreise hat das Ziel, die Kosten fairer auf die Bewohner, welche die Dienste des Personals nutzen, zu verteilen. Im Moment ist die Betreuungstaxe umso höher, je höher die Pflegebedürftigkeit ist. Es hat sich gezeigt, dass diese Einstufung aber nicht der Realität entspricht. Vielmehr ist es so, dass alle Bewohner etwa gleich viel Betreuung in Anspruch nehmen, diesem Umstand haben andere Heime wie Kreuzlingen oder Amriswil etc. bereits Rechnung getragen, mit einem konstanten Betreuungstarif unabhängig der Pflegeeinstufung (Seite 6 der Botschaft). Im Namen der GPK empfehle ich alle Anträge auf Seite 11 der Botschaft zur Annahme.

**Gemeinderat Pascal Frey, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaften/JUSO:** Wir sind unglücklich. Wir sind unglücklich über die Tariferhöhungen im AZP per Januar 2016. Auch wenn wir verstehen, dass der Inhalt der Botschaft und die Anträge des Stadtrats an uns unausweichlich sind, möchten wir darlegen, an wie vielen Stellen uns der Schuh drückt.

Wir sind unglücklich mit dem Titel der Botschaft. Nennen wir die Dinge doch endlich beim Namen und sprechen von Erhöhung. Wir sind des Weiteren unglücklich über die Tariferhöhungen für die Bewohner des AZP. Warum es dazu kommt, wurde zwar in der Botschaft und auch in der GPK ausführlich dargelegt, und die Aussichten auf die nächsten Jahre trüben das Bild noch etwas mehr. Es scheint schon fast sicher, dass wir mit den jährlichen Erhöhungen der Tarife rechnen müssen. Für die Bewohnerinnen und Bewohner mag das vorläufig verkraft- und auch nachvollziehbar sein, aber es kann zu Stress und grossen Unsicherheiten führen, was mich zum nächsten Punkt bringt.

Wir sind unglücklich mit der Personalsituation im AZP. Unter anderem wegen Personalfluktuationen ist es schwierig, Konstanz zu erreichen. Ausserdem verursacht jeder Wechsel neue Kosten. Deshalb spielt für uns auch die Zufriedenheit des Personals eine grosse Rolle sowie die sehr gute Erledigung der Pflege- und Betreuungsaufgaben. Egal bei welcher Dienstleistung, das Personal muss je länger desto mehr mit steigendem Druck bei der Ausübung der Aufgaben rechnen. Bis zu einem gewissen Grad ist das noch möglich. Wir vertreten aber entschlossen die Ansicht, dass die Bereiche Pflege und Betreuung nicht in der gleichen Art auf Effizienz getrimmt werden kön-

nen, wie das in anderen Dienstleistungsbranchen geschieht. Es geht um Menschen und für die Bewohner des AZP ist es nicht einfach, bei Unzufriedenheit ihr Betreuungs- oder Pflegebedürfnis anderweitig abzudecken. Wir sind deshalb gespannt auf die laufende Tätigkeitsanalyse und bitten um kritische Betrachtung der Resultate. Aus unserer Sicht ist es weder für Mitarbeitende noch für Bewohner des AZP wünschenswert, dass bei jeder kleinsten Hilfestellung oder auch bei einem kurzen Schwatz die imaginäre Taxuhr mitläuft. Wir bitten um Augenmass statt sekundengenaue Abrechnungen.

**Gemeinderätin Anita Bernhard Ott, Referentin der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale:** Wir haben die Botschaft zur Tarifierpassung im Alterszentrum Park auf den 1. Januar 2016 eingehend besprochen und diskutiert. Gemäss Gemeindeordnung Art. 52 Abs. 4 muss das AZP über die Einnahmen aus Pension und Hotellerie mindestens die Betriebskosten decken. Bis dato konnte mit diesen Einnahmen jedoch weit mehr als nur die Betriebskosten finanziert werden. So wurden der gesamte Unterhalt und auch die werterhaltenden oder gar wertvermehrenden Investitionen über diese Einnahmen entrichtet und gesichert. Das AZP ist mittlerweile in die Jahre gekommen, was den zunehmenden Investitionsbedarf begründet, für den die Tarifeinnahmen nun nicht mehr ausreichen. Da gemäss Botschaft eine Vollkostenrechnung angestrebt wird, sollen die Tarife für Unterkunft und Verpflegung auf den 1. Januar 2016 erneut erhöht werden. Zu den Anträgen 1 und 2 nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir sind nicht der Meinung, dass mittelfristig sämtliche werterhaltenden und wertvermehrenden Investitionen über die Pensionstarife finanziert werden müssen. Es ist erfreulich, wenn sich der Betrieb bis anhin selbst getragen hat. Wird nun aber in jedem Fall eine Vollkostenrechnung vorausgesetzt, stellt sich für uns die Frage, wie weit das AZP noch von einer privaten Institution entfernt liegt. Zudem wurden die Pensionskosten bereits in diesem Jahr angehoben und es ist unwahrscheinlich, dass eine weitere Anpassung ausreicht, um eine Deckung der geplanten Sanierungen zu erreichen. Überdies bewegt sich das AZP mit den angestrebten Tarifierhöhungen eher im Bereich der kostenintensiveren Einrichtungen.

Weiter gibt die Botschaft keinerlei Aufschluss über die gesetzlichen Vorgaben der neuen Pflegefinanzierung, nach deren Bestimmung neu eine Vollkostenrechnung angestrebt wird. Insbesondere würde uns auch deren Geltungsbereich interessieren. Vom Kanton werden Normkosten festgelegt. Es ist uns nicht bekannt, auf welcher Basis und nach welchen Berechnungsgrundlagen dies geschieht. Auch verfügen wir über zu wenig Informationen betreffend die Finanzierung in Bezug zu Abschreibungen, Amortisation und Kapitalkosten. Von Interesse wäre auch die mögliche Auswirkung einer Erhöhung auf die Erfolgsrechnung sowie auf den Kostendeckungsgrad insbesondere in Verbindung mit den Betriebskosten oder der angestrebten Vollkostenrechnung.

Ohne ausführlichere Unterlagen und aus den übrigen erwähnten Gründen können wir den Anträgen 1 und 2 nicht zustimmen und lehnen diese ab.

Anders sieht es bei den Anträgen 3 und 4 aus. Einen intensiven Betreuungsaufwand in den tiefen RAI-Stufen können wir nachvollziehen und befürworten deshalb eine Gebührenerhöhung der RAI-Stufe 1 und damit verbunden auch eine Vereinheitlichung der Tarife in den RAI-Stufen 1, 2 und 3 auf 22 Franken pro Tag. Weiter sind wir mit einer Erhöhung des Betreuungszuschlags für spezielle Wohnformen im betreuten Wohnen und in der Parksiedlung Talacker einverstanden.

**Gemeinderätin Susanne Dreyer, Referentin der Fraktion CVP/EVP:** Die Fraktion CVP/EVP hat in ihrer letzten Sitzung die Botschaft Nr. 2 vom 1. September 2015 „Anpassung der Tarife im Alterszentrum Park per 1. Januar 2016“ eingehend beraten und möchte im Rat die gewonnenen Erkenntnisse wie folgt vermitteln:

Bereits in meinem Votum anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 10. Dezember 2014 habe ich darauf hingewiesen, dass die dannzumal beschlossene Tarifierhöhung vermutlich nicht die letzte sein wird. Dies bestätigte sich nun offensichtlich im Rahmen der Kostenanalyse der Rechnung 2014. Es zeigte sich, dass der weiter angewachsene Aufwand und die zurückhaltende Tarifierhöhung zu keinem ausgeglichenen Resultat führten. Die bereits gestartete und bis Sommer 2016 laufende Tätigkeitsanalyse wird eine weiter verbesserte Transparenz betreffend der kostenverursachenden Leistungsformen und Kostenträger über das ganze AZP ergeben. Was ab sofort besonders beachtet werden muss, sind die bald auch zu Buche schlagenden Kosten von werterhaltenden und wertvermehrenden Massnahmen respektive Investitionen. Das Ziel muss jedenfalls ein ausgeglichener AZP-Haushalt sein unter Berücksichtigung der Vollkosten. Dies also sowohl in Bezug auf den Betrieb als auch auf die anstehenden investitionsschützenden Massnahmen. Wir wollen in Frauenfeld weiterhin keine Subventionierung aus Steuergeldern. Dies garantiert auch künftig die Einhaltung des Versprechens einer guten und kompetenten Pflegehaltung im AZP.

Im Tarifvergleich mit den umliegenden und auch kantonsweiten Einrichtungen bewegt sich das AZP im Mittelfeld. Umfragen ergaben, dass sich die Institutionen grossmehrheitlich ebenso mit dem Zwang einer Tarifierhöhung befassen müssen. Bei den aktuellen Betreuungstaxen ist ein Vergleich unter den einzelnen Institutionen schwierig. Studien des Kantons St. Gallen und des Verbands CURAVIVA lassen die Tendenz erkennen, dass auf allen Pflegestufen eine Vereinheitlichung der Tarifstruktur angestrebt werden muss. Die zur Diskussion stehende Tarifierhöhung unterstützt diese Anforderungen. Somit ist eine Tarifierhöhung in der vorgesehenen Höhe nicht zuletzt zur Schonung des Frauenfelder Steuerfusses absolut vertretbar. Übrigens gibt es im Kanton Thurgau aktuell 53 Pflegeheime. Quelle sind die Homepage Kanton, Gesundheitsamt, davon sind unseres Wissens nur vier Pflegeheime gemeindeeigene Betriebe, nämlich Amriswil, Romanshorn, Aadorf und Frauenfeld beziehungsweise ein Zweckverband Steckborn. Alle anderen sind als Genossenschaft, Stiftung, Verein, Aktiengesellschaft etc. privatrechtlich organisiert. Quelle: Homepage CURAVIVA Thurgau und jeweilige Homepages. Die Tarife werden von einem Exekutivorgan festgelegt. Das Alterszentrum Park ist das einzige Pflegeheim im Thurgau, über dessen Tarife im Parlament abgestimmt wird. Es stellt sich die Frage, ob das noch zeitgemäss ist.

Nach Würdigung aller Informationen und Erkenntnisse hat die Fraktion CVP/EVP einstimmig beschlossen, die Anträge 1 bis 4 auf Seite 11 der Botschaft zu unterstützen. Wir danken an dieser Stelle der Stadträtin Elsbeth Aepli für ihre umsichtige und kostenbewusste Führung des Alterszentrums Park.

**Gemeinderat Alex Blumer, Referent im Namen der FDP-Fraktion:** Darüber, dass die Tarife und die Betreuungstaxen im Alterszentrum Park angepasst, also erhöht werden müssen, kann sich die Fraktion der FDP natürlich nicht erfreuen. Mit der Einführung einer Vollkostenrechnung und einer detaillierten Tätigkeitsanalyse im nächsten Jahr hoffen wir sehr, dass die nötige Transparenz geschaffen wird, Sparpotenzial zu erkennen und auch umgehend umzusetzen. Wir können heute die Notwendigkeit der Erhöhung der Zimmerpreise und der Betreuungstaxe feststellen und werden den Anträgen gemäss der Botschaft einstimmig zustimmen.

**Gemeinderat Christoph Keller, Referent der Fraktion SVP/EDU:** Ich kann es gleich vorwegnehmen, auch unsere Fraktion ist für die vorgeschlagenen Tarifierpassungen. Es macht wenig Sinn, die Details der gut und verständlich formulierten Botschaft hier nochmals aufzuzählen. Die Gründe für die vorgeschlagenen Tarifierpassungen sind in unserer Fraktion unbestritten. Aus den vorliegenden Unterlagen ist ersichtlich, dass die Verantwortlichen bestrebt sind, genau hinzuschauen und zu versuchen, die effektiven Kosten zu eruieren und entsprechend auch zu verrechnen. Positiv kam in unserer Fraktion auch an, dass in der GPK gefordert wurde, dass die Sparbemühungen im Alterszentrum Park auch aufgelistet und transparent gemacht werden. Es ist natürlich auch in unserem Sinn, dass nicht auf dem Buckel des Personals gespart werden soll. Vielmehr soll das Auge auf mögliche Leerläufe und Optimierungen gelegt werden. Erfreulich ist auch zu vermerken, dass die Zentrumsverantwortlichen diese Idee gut finden und bereit sind, bei nächster Gelegenheit diese Liste vorzulegen.

Wichtig erscheint uns auch bei den Tarifierpassungen, dass versucht wird, innert nützlicher Frist die Tarife so festzulegen, dass sie nachher nicht mehr im Jahresrhythmus korrigiert werden müssen, was für die Bewohner wahrscheinlich eher unangenehm ist.

Interessiert war unsere Fraktion auch an den Informationen über den Stand der Planung der Fassadenrenovation aufgrund von Baumängeln in der Parksiedlung. Hier sind die Mitglieder der Fraktion SVP/EDU gespannt auf den definitiven Verteilschlüssel der Kosten und den definitiven Zeitpunkt der Umsetzung dieser schier unendlichen Geschichte. Abschliessend möchte ich wiederholen, dass die Fraktion SVP/EDU die vorgeschlagenen Tarifierpassungen einstimmig unterstützt.

**Stadträtin Elsbeth Aepli:** Taxerhöhungen durch den Gemeinderat sind die Konsequenz aus der vom Gemeinderat erlassenen Taxordnung. Die Sprecherin der CVP/EVP-Fraktion hat darauf hingewiesen, dass wir hier beim AZP eine singuläre Situation haben. Kein einziges Heim im Thurgau muss mit seinen Tarifen vors Parlament und ich habe die Anmerkung seitens SP/Gewerkschaften/JUSO gehört, ob das noch sinnvoll sei.

Ein kurzer Rückblick: Im Jahr 2005 hatten wir Antrag gestellt, dass die Tarife durch den Stadtrat festgelegt werden sollen, sind aber damals gescheitert. Vielleicht gehe ich wieder einmal an dieses Thema heran.

Preise erhöhen macht niemand gern. Wenn sie schlicht nötig sind, dann führt halt kein Weg daran vorbei. Ich danke für Ihre konstruktiven Voten und Ihr Verständnis.

Etwas gewundert habe ich mich über das Votum der Fraktion SP/Gewerkschaften/JUSO mit Bezug auf die unglückliche Personalsituation oder die Fluktuation. Im Alterszentrum Park haben wir eine sehr tiefe Fluktuation. Ich habe mir die Zahlen nochmals geben lassen. 2014 haben wir von 240 Mitarbeitenden 34 Austritte gehabt, das inklusive Lernende und inklusive Pensionierungen. Ohne Lernende sind es 21 Austritte und da sind immer noch drei Pensionierungen drin. Das gibt eine Fluktuationsrate von weit unter zehn Prozent, was als sehr tiefe Fluktuationsrate zu bezeichnen ist. Im Gesundheitsbereich diskutiert man, dass man ab Fluktuationsraten von über 20 Prozent mal hinschauen müsse, aber auch das ist teilweise keine Seltenheit. Wir haben im Alterszentrum Park also keine grosse Fluktuation, es ist klar, im Raum Winterthur werden höhere Löhne bezahlt, das ist eine Herausforderung. Aber wir haben kein spezielles Problem diesbezüglich.

Zu den Bemerkungen und zu den Anträgen auf Ablehnung von CH/Grüne/Grünliberale muss ich festhalten, dass die aktuelle Situation die ist, dass wir bei der Spezialfinanzierung 208'000 Franken im Minus sind. Wir haben also bereits über 200'000 Franken Kredit bei der Stadt, müssen den auch verzinsen, und gemäss unserer Kostenrechnung haben wir im Bereich Pension eine Unterdeckung von jährlich 80'000 Franken, in der Pflege ist die Unterdeckung noch höher. Wir müssen eher schauen, was allenfalls der Pflege zu viel belastet wird und das dann auf die Pension umgelegen, dann wäre die Unterdeckung in der Pension noch höher. Wenn weitere Unterlagen über Kostentransparenz und Angaben aus der Pflegefinanzierung gewünscht werden, könnte man das allenfalls in der GPK gelegentlich machen. Ich muss einfach sagen, in der Pflegefinanzierung haben wir schweizerische Vorgaben. Diese sagt, wie viel ein Bewohner für Pflege maximal bezahlen muss und dass die Differenz der Kanton oder die Stadt bezahlen muss. Sie sagt nichts über die Finanzierung des Hotelbetriebs. Die Pflegefinanzierung verbietet nicht, dass man Steuergelder in den Hotelbetrieb investiert. Die Frage ist einfach, ob man das will. Der Stadtrat ist der Meinung, dass man bereits genügend Steuergelder im Bereich stationäre Unterbringung investiert. Wir haben im Budget 2015 gegen 1,5 Mio. Franken und so wird das weitergehen. 1,5 Mio. Franken jährlich, die man aus Steuergeldern für Personen in Pflegeheimen bezahlt. Damit werden auch entsprechende Personen in Pflegeheimen finanziell entlastet. Wenn man noch mehr Steuergelder ins Alterszentrum Park investieren will, kann man das, das entspricht aber nicht der Meinung des Stadtrats.

Das Alterszentrum Park geniesst heute und ich hoffe auch in Zukunft bei der Bevölkerung und Arbeitsstellen einen guten Ruf. Das kostet halt seinen Preis. Wir sind kein billiges Heim, wir haben aber auch kein billiges Angebot. Zum Vergleich mit privaten Institutionen, Genossenschaften und Vereine müssen in der Regel auch keine Gewinne erzielen, aber es gibt natürlich etliche private Institutionen, die müssen durchaus Gewinne abliefern. Da müssen die Preise noch höher sein, damit man Gewinne erzielt oder dann muss man an den Kosten – namentlich beim Personal - sparen. Das ist aber nicht unser Ziel.

### **Abstimmung**

- |           |   |
|-----------|---|
| Antrag 1: | Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. |
| Antrag 2: | Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. |
| Antrag 3: | Der Antrag wird einstimmig angenommen.  |
| Antrag 4: | Der Antrag wird einstimmig angenommen.  |

**Die Ratspräsidentin:** Somit haben wir auch das Traktandum 6 besprochen und haben uns erfolgreich durch die reichhaltige Traktandenliste durchgeschlagen. Einmal mehr hat uns der heute sehr herbstliche Blumenschmuck der Stadtgärtnerei erfreut. Ihnen wie auch Beat Dürger und seinem Team herzlichen Dank für die tolle Unterstützung. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 18. November 2015 um 18 Uhr statt. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Mitarbeit. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 21.15 Uhr

- - -

\* \* \*